

18. Wahlperiode



**Deutscher Bundestag**  
Ausschuss für Menschenrechte und  
humanitäre Hilfe

## **Wortprotokoll** der 61. Sitzung

### **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Berlin, den 27. April 2016, 15:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.300

Vorsitz: Michael Brand, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 7**

Qualitätsstandards für die humanitäre Hilfe



### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Brand, Michael Fabritius, Dr. Bernd Heinrich (Chemnitz), Frank Jüttner, Dr. Egon Kampeter, Steffen Pantel, Sylvia Patzelt, Martin Steinbach, Erika	Frieser, Michael Kovac, Kordula Lengsfeld, Dr. Philipp Steiniger, Johannes Vaatz, Arnold Weiler, Dr. h.c. Albert Zertik, Heinrich
SPD	Diaby, Dr. Karamba Finckh-Krämer, Dr. Ute Glöckner, Angelika Heinrich, Gabriela Schwabe, Frank	Erlar, Dr. h.c. Gernot Mützenich, Dr. Rolf Reichenbach, Gerold Schulte, Ursula Veit, Rüdiger
DIE LINKE.	Groth, Annette Höger, Inge	Hänsel, Heike Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Koenigs, Tom Nouripour, Omid	Amtsberg, Luise Schulz-Asche, Kordula



## Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

Mittwoch, 27. April 2016, 15:00 Uhr

### Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Brand, Michael		Frieser, Michael	_____
Fabritius Dr., Bernd	_____	Kovac, Kordula	_____
Heinrich (Chemnitz), Frank		Lengsfeld Dr., Philipp	_____
Jüttner Dr., Egon	_____	Steiniger, Johannes	_____
Kampeter, Steffen	_____	Vaatz, Arnold	_____
Patzelt, Martin		Weiler, Albert	
Steinbach, Erika	_____	Zertik, Heinrich	_____
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Diaby Dr., Karamba		Erler Dr. h.c., Gernot	_____
Finckh-Krämer Dr., Ute	_____	Mützenich Dr., Rolf	_____
Glöckner, Angelika		Reichenbach, Gerold	_____
Heinrich, Gabriela	_____	Schulte, Ursula	_____
Schwabe, Frank		Veit, Rüdiger	_____
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Groth, Annette		Hänsel, Heike	_____
Höger, Inge		Jelpke, Ulla	_____
<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>		<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Koenigs, Tom		Amtsberg, Luise	_____
Nouripour, Omid	_____	Schulz-Asche, Kordula	_____



---

**61. Sitzung (ÖA) am 27. April 2016, 15:00 Uhr, PLH E.300**  
**Sachverständigen Liste**

---

**Sachverständige**

	Name, Vorname	Unterschrift
1	Füllkrug-Weitzel, Cornelia	<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>
2	Gerdemeier, Volker	<i>Volker Gerdemeier</i>
3	Kreidler, Corinna	<i>C. Kreidler</i>
4	Roßbach, Manuela	<i>M. Roßbach</i>
5	Strohmeyer, Hansjoerg	<i>H. Strohmeyer</i>

Ministerium bzw.  
Dienststelle  
(bitte in Druckschrift)

Name (bitte in Druckschrift)

Unterschrift

Amts-be-  
zeich-  
nung

Rohrman, U.  
AA

BK-Furt  
Adler

Pollner  
AW

ORR'in

öff.



**Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
(17. Ausschuss)**

Mittwoch, 27. April 2016, 15:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

**Fraktionsmitarbeiter**

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Kim Weidenberg	DIE LINKE	<i>Kim Weidenberg</i>
Bentele, Denise	Grüne	<i>Bentele</i>
Klostermeier	SPD	<i>Klostermeier</i>
Jörg Wollschlaeger	CDU/CSU	<i>Jörg Wollschlaeger</i>
Neda Norvae-Kra	Grüne	<i>Neda Norvae-Kra</i>
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____



## Tagesordnungspunkt 1

### Qualitätsstandards für die humanitäre Hilfe

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich darf Sie alle ganz herzlich willkommen heißen zur 61. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, unserer heutigen Öffentlichen Anhörung mit dem Titel „Qualitätsstandards für die humanitäre Hilfe“. Ich begrüße ganz besonders die geladenen Sachverständigen, die Mitglieder dieses Ausschusses, aber auch die Mitglieder anderer Ausschüsse und möchte gleich an dieser Stelle Ihr Einverständnis einholen, dass auch Kollegen aus anderen Ausschüssen hier Rede- und Fragerecht haben. Ich darf weiter eine Reihe von Zuhörern im Saal und auf der Tribüne begrüßen, darunter auch die Vertreter von NGOs, die hier im Saal oder im Internet unsere Anhörung verfolgen. Ich weise auf den öffentlichen Charakter unserer Sitzung hin, die live im Parlamentsfernsehen, Kanal 2, sowie im Internet übertragen wird, und ab morgen auch auf der Webseite des Deutschen Bundestages abrufbar sein wird.

Ich möchte zu Beginn eine kurze Anmerkung machen, weil die Anhörung natürlich vor dem Hintergrund einer besonderen Situation, mit über 60 Millionen Flüchtlingen weltweit, nahezu die Hälfte davon Kinder und 35 Prozent Binnenflüchtlinge, stattfindet. Ich will auch zu Beginn feststellen – und begrüße an dieser Stelle auch die Leiterin des Referats Humanitäre Hilfe [im Auswärtigen Amt], Frau Aderholt -, dass humanitäre Hilfe keine politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen verfolgt, sondern dass sie in erster Linie Ausdruck von ethischer Verantwortung, von Menschlichkeit und Solidarität ist. Wir stellen in diesen Zeiten auch fest, dass angesichts der qualitativen und quantitativen Zunahme der Krisen und Katastrophen, auch hinsichtlich der Dauer dieser Krisen, der humanitäre Bedarf weltweit wächst. Im Kontrast zu diesem wachsenden humanitären Bedarf steht das internationale humanitäre System, in dem eben nicht alle gleichermaßen Verantwortung wahrnehmen. Das ist einer der Punkte, die uns gerade auch im Vorgriff auf den Gipfel beschäftigen. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat dies

nicht nur zu einem Schwerpunkt in dieser Wahlperiode erklärt, sondern wir befinden uns thematisch mitten darin, wie sich eben am Arbeitsprogramm dieses Ausschusses nachzeichnen lässt.

Wir haben hier vor einem Jahr das erste Mal eine Anhörung zum Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland zwischen 2010 und 2013 abgehalten. Solche Anhörungen werden jetzt immer zu den Berichten der Bundesregierung stattfinden, um daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir haben im Februar – also vor wenigen Wochen – ein öffentliches Expertengespräch unter großer öffentlicher Teilnahme mit dem Titel „Humanitärer Weltgipfel 2016 / Globale Flüchtlingssituation – Finanzierung des wachsenden humanitären Bedarfs sicherstellen“ durchgeführt. Wir wollten auch unsere Position für den Ende Mai stattfindenden Weltgipfel in Istanbul markieren und vor allem auch mit den NGOs, den Organisationen sprechen, welche Erwartungen an diesen Weltgipfel gestellt werden und welche Entscheidungen getroffen werden müssen. Und heute nun eine weitere Anhörung zu diesem Thema, nämlich zu den „Qualitätsstandards“ für die humanitäre Hilfe. Ein ganz wichtiger Punkt ist es, zu dem Bericht – auch nach einer Neustrukturierung – die Expertenmeinung zu hören und zu diskutieren: Wo besteht Änderungsbedarf, was läuft gut, was schlecht. Ich glaube, man kann festhalten, dass sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren etwas geändert hat. Es ist heute mittlerweile Allgemeingut, dass humanitäre Hilfe nicht einfach nur „nice to have“ ist, sondern, dass sie eine existentielle Bedeutung hat, um einer aus den Fugen geratenen Welt wieder Ordnung und Stabilität zu bringen.

Die Bedeutung der humanitären Hilfe ist – wie gesagt – gewachsen. Natürlich muss man hier in erster Linie die konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen nennen. Auch das sind Herausforderungen, die in der Vergangenheit leider an manchen Stellen viel zu schnell zur Seite geschoben worden sind. Es war dieser Ausschuss, der auch in den vergangenen Jahren auf das Welternährungsprogramm hingewiesen



hat, auf die Ausstattung dieses Programms. Sie wissen – auch das hat ein Gast in unserem Ausschuss, nämlich der frühere VN-Flüchtlingskommissar Guterres, als den wahren Auslöser für das, was uns alle umtreibt und beschäftigt, genannt –, dass nämlich das Welternährungsprogramm im Dezember 2014 praktisch von heute auf morgen seine Arbeit für die syrischen Flüchtlingen einstellen musste.

Es war notwendig – auch das will ich sagen – die humanitäre Hilfe in Deutschland neu auszurichten. Das Spektrum reicht von der Soforthilfe über die Nothilfe, die humanitäre Übergangshilfe, die humanitäre Katastrophenvorsorge – insbesondere „Preparedness“ – bis hin zu humanitärer Minen- und Kampfmittelräumung. Ich glaube, es war ein richtiger Ansatz, hier Änderungen vorzunehmen, um Menschen schneller, gezielter und besser helfen zu können.

Ich glaube aber auch, dass es einen Paradigmenwechsel bedeutet, dass die humanitäre Hilfe von rein reaktiven Hilfeleistungen hin zu einer vorausschauenden Hilfe geweitet wird. Die Anforderungen haben sich erheblich geändert. Die Rahmenbedingungen – Professionalität, Effizienz und Qualität – spielen für die Wirksamkeit der humanitären Hilfe künftig eine noch stärkere Rolle und ich glaube – das soll meine abschließende Bemerkung sein –, dass wir diese Krise, in der wir sind – auch die humanitäre Krise – zu einem Wendepunkt machen müssen. Der humanitäre Weltgipfel in Istanbul muss aus meiner Sicht auch eine klare Roadmap und klare Ergebnisse produzieren, um zu zeigen, dass sich die Weltgemeinschaft bewusst ist, dass sie eine gemeinsame Verantwortung hat, aber auch, dass sie konkrete Mittel, konkrete Ergebnisse liefern muss. Was muss eigentlich noch passieren, damit diejenigen, die auf internationalen Geberkonferenzen große Ankündigungen machen, auch konkrete Ergebnisse liefern? Ich glaube, dass auch dem Letzten eigentlich klar sein muss, dass die Illusion, dass man so weitermachen kann wie bisher, nicht mehr funktionieren kann.

Deswegen freue ich mich, dass Sie heute da sind,

und dass wir miteinander diskutieren, auch darüber – das ist mir auch ein Anliegen, eine Facette des Themas –, dass wir bei der Aufstellung von Qualitätsstandards nicht nur die Großen, sondern auch manche kleinen Organisationen, die auch ihre Daseinsberechtigung haben, im Blick haben.

Ich darf Ihnen allen mein herzliches Dankeschön sagen, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich darf Sie auch kurz vorstellen, ich fange gemäß dem Alphabet an, wie wir es dann auch bei den Stellungnahmen machen werden: Bei uns ist Frau Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin von Brot für die Welt und Diakonie-Katastrophenhilfe, die uns schon einmal bei einer früheren Anhörung zur Seite gestanden hat – herzlich Willkommen, schön dass Sie da sind. Ich darf Herrn Volker Gerdesmeier, Leiter der Abteilung Qualitätsmanagement und Controlling beim Deutschen Caritasverband, bei uns begrüßen - herzlich willkommen! Ich darf bei uns begrüßen Frau Corinna Kreidler, freie Gutachterin für die Humanitäre Hilfe. Auch Sie sind uns herzlich willkommen. Ich begrüße Frau Manuela Roßbach, die als Geschäftsführerin von „Aktion Deutschland hilft“, einer Dachorganisation, hier viele vertritt – viele NGOs, die engagiert bei der Sache dabei sind. Und ich darf herzlich bei uns Hansjoerg Strohmeyer, Leiter der Unterabteilung „Politik, Entwicklung und Studien“ des „Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen“ (OCHA), willkommen heißen. Herr Strohmeyer hat den weitesten Weg nach Berlin gehabt, er kommt direkt aus New York und ist heute Mittag gelandet. Umso mehr sage ich ein herzliches Dankeschön, dass Sie sich auf den Weg gemacht haben. Ich sage auch ein Dankeschön für die übersandten Stellungnahmen, die im Vorfeld schon verteilt worden sind, die Sie aber auch noch einmal im Vorraum finden. Ich möchte auch auf die Biographien der Sachverständigen verweisen - auch die finden Sie im Vorraum.

Ich darf zum Ablauf sagen, dass wir zunächst den Sachverständigen – in alphabetischer Reihenfolge – die Gelegenheit für Eingangsstatements von fünf Minuten geben wollen. Es hat sich als sehr hilfreich erwiesen, da der Ausschuss ein sehr





diskussionsfreudiger Ausschuss ist, dass wir dann an die Statements unsere erste Frage- und Antwortrunde anschließen und so auch weiter verfahren.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch einen Hinweis geben. Es ist mir ein Anliegen, hier im Ausschuss zu sagen – weil uns die Nachricht vor wenigen Minuten erreicht hat –, dass der chinesische Bürgerrechtler Harry Wu, der noch vor wenigen Wochen hier dem Ausschuss zur Verfügung gestanden hatte, verstorben ist. Er war ein bekannter chinesischer Menschenrechtsaktivist, der die Folter und eklatanten Missstände in chinesischen Lagern bekannt gemacht hat, den so genannten „Laogai-Lagern“, und in Washington ein großes Dokumentationszentrum eingerichtet hat. Die Lager sind sehr berüchtigt, bis heute existiert dort ein brutaler Umgang mit politischen Häftlingen. Schätzungen zufolge sind dort Millionen von Menschen ums Leben gekommen. An ihn will ich heute zu Beginn unserer Anhörung erinnern, denn er hat sich verdient gemacht nicht zuletzt damit, dass er Verbrechen dokumentiert hat. Er war selbst ein Überlebender, einer der wenigen, die die Lager verlassen haben. Er hat sich später dann unter falscher Identität wieder auf den Weg in diese Lager gemacht. Ihm kommt ein großer Verdienst zu und deswegen bitte ich Sie um einen kurzen Moment der Stille.

Herzlichen Dank. Ich schlage vor, dass wir direkt mit der Anhörung beginnen und Frau Füllkrug-Weitzel das Wort bekommt.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, in welchem Ausmaß das Gremium sich der Themen der humanitären Hilfe seit der letzten Legislaturperiode angenommen hat - Sie haben es ja dargestellt. Ich freue mich auch sehr, dass wir von der Diakonie Katastrophenhilfe immer wieder unsere Perspektiven und die Perspektiven unserer internationalen Partner oder unseres internationalen Partnernetzwerks „ACT Alliance“

einbringen dürfen.

Ich habe bereits ziemlich ausführlich schriftlich Stellung genommen. Das werde ich logischerweise nicht unbedingt wiederholen, sondern lieber noch ein paar Akzente setzen, auch den einen oder anderen neuen oder weiteren Gedanken hinzufügen, wobei ich gerne auf das schriftliche Dokument noch einmal verweise.

Qualitätsstandards in der humanitären Hilfe: Wir haben uns – das habe ich ausführlich berichtet – mit unserem Netzwerk in den nationalen und internationalen Diskussionen seit mehreren Jahrzehnten intensiv damit beschäftigt. Das muss man nicht wiederholen. Wir denken, wesentlich sind Diskussionen zur Verbesserung von Qualität und Wirkung an drei Aspekten zu orientieren:

Zum einen müssen die betroffenen Menschen ganz entschieden in den Mittelpunkt aller Überlegungen zur Verbesserung der Qualität gestellt werden. Wie kann humanitäre Hilfe ihren Bedarfen und auch ihren Potenzialen gerechter werden? Wie kann Ihre Selbstwirksamkeit und ihre Resilienz gestärkt werden?

Zweitens braucht humanitäre Hilfe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an den je gegebenen konkreten Kontext und an die Bedarfe der Menschen und der humanitären Akteure. Ein differenziertes humanitäres „Ökosystem“ sozusagen, in dem lokale und nationale Akteure eine ganz entscheidende Rolle spielen müssen, ist dafür von zentraler Bedeutung.

Drittens muss sich die Diskussion um Qualität und Wirkung daran messen lassen, wie sie prinzipiengeleitete humanitäre Hilfe unterstützt. Dies geht oft ein bisschen unter, weil vieles sich mit technischen Dingen und Finanzen beschäftigt. Das erfordert ganz konkrete Überprüfungsmechanismen. Leider wurden im Prozess der Erarbeitung der „Core Humanitarian Standards on Quality and Accountability“, die „Core Humanitarian Standards“ von den „Guiding Principles“ getrennt und in zwei Dokumente separiert. Die „Principles“ sind seitdem irgendwie



unverbindlich die Grundlage, finden sich aber de facto in den Standards kaum wieder. Das lässt nicht so ganz viel Gutes erhoffen.

Schließlich die Finanzierung humanitärer Hilfe: Wir gehen davon aus, dass das gegenwärtige internationale System humanitärer Hilfe nicht nachhaltig und nicht angemessen ist. Lokale und nationale Akteure brauchen kurz- und langfristige Stärkung, um endlich in die Lage zu kommen, ihre eigene Verantwortung wahrzunehmen, selber „Disaster Risk Analysis“ zu machen, die Bevölkerung effektiv auf vorhersehbare Katastrophen vorzubereiten, erste Hilfe zu leisten, Rehabilitation mit der Bevölkerung und gemäß deren Bedürfnissen zu planen und zu gestalten. Deswegen haben wir – mit Blick auf die Finanzierung – folgende besondere Anliegen:

Erstens: Welche Finanzierungsinstrumente und Modalitäten sind nötig, damit die lokalen und nationalen Akteure in diese Rolle hineinwachsen können? Das heißt, dass sie ihre Kapazitäten ausbauen können und schon jetzt rasch und akut an Mittel für die Erstversorgung herankommen. Denn sie sind schließlich – wie alle wissen, aber selten viele hervorheben – in den ersten mindestens ein bis zwei Wochen die „First Responder“. Bisher stehen immer die Analysen und Maßnahmen internationaler Akteure im Vordergrund, denen aber mittelfristig aus unserer Sicht lediglich eine Mittler- und Unterstützerfunktion zukommen darf. Wir schlagen in diesem Zusammenhang vor, im Land der Katastrophe „Rapid Response Funds“ noch konsequenter primär für lokale und nationale Organisationen vorzusehen. Was, wie gesagt, eine intermediäre Rolle deutscher Organisationen nicht ausschließt, was aber eine Zweckbindung bedeutet. Für wen ist dieser „Rapid Response Fund“ bestimmt?

Außerdem braucht es, wie ich bereits gesagt habe, Finanzierungsmöglichkeiten für den langfristigen Kapazitätsausbau dieser Akteure. Ferner sollte ein größerer Teil der von Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel für Maßnahmen zu „Disaster Risk Reduction Preparedness“ – Stärkung der Resilienz von Gemeinschaften in „Disaster Prone Areas“ –

verbindlich vorgesehen werden - von vornherein im Haushaltsplan und nicht nach dem Motto, dass das, was am Ende des Jahres übrig ist, auch noch ausgegeben werden kann. Für eine prinzipienorientierte humanitäre Hilfe dürfen auch im Bereich der Finanzierung geostrategische oder sicherheitspolitische Strategien nicht die Oberhand gewinnen. In längerfristigen Krisen wird verstärkt danach gesucht, wie in der Friedensarbeit die unterschiedlichen Maßnahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit besser komplementär aufeinander bezogen werden können. Dabei müssen sie aus unserer Sicht davor bewahrt werden, einander zu untergraben. Das bedeutet, dass die Grenzen und das Mandat der humanitären Hilfe nicht marginalisiert, aber auch nicht überfordert werden. Die humanitären Prinzipien dürfen nicht missachtet werden. Sie dürfen nicht als Ersatz für politische Lösungen betrachtet werden, nicht als Ersatz für friedliche Konfliktbearbeitung oder die Verbesserung ökonomischer und sozialer Sicherheit. Und sie dürfen die benötigten Ressourcen für diese Arbeit nicht absorbieren. Humanitäre Hilfe darf nicht zur Ersatzhandlung für die langfristige Arbeit an Konflikt- und Fluchtursachen in den Herkunftsländern werden und deren Finanzierung in Anspruch nehmen oder verdrängen.

Zum Thema humanitäres Völkerrecht: Die Bundesrepublik hat die Pflicht sich weiter für eine stärkere Akzeptanz und Anwendung der im humanitären Völkerrecht verankerten Normen einzusetzen – zuerst durch ein konsequentes eigenes Vorbild, zum Beispiel, was die Achtung der Neutralität und Unabhängigkeit humanitärer Hilfsorganisationen betrifft. Da gibt es viele Beispiele, über die man sprechen kann.

Für uns eng damit verbunden ist die konsequente Einhaltung der politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Gerade weil uns die Erfahrung zeigt, dass Rüstungsexporte in Krisen- und Konfliktländer nicht die Lösung, sondern Teil des Problems sind, spricht sich die Diakonie Katastrophenhilfe grundsätzlich gegen jegliche Rüstungsexporte in solche Länder aus.



Die Bundesregierung unterstützt grundsätzlich die Arbeit der „International Humanitarian Fact Finding Commission“. Sie stellt ja deren Vizepräsidenten. Sie sollte bitte auch konkret unterstützend sein bei der Aufklärung der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser in Nord-Syrien am 15. Februar 2016, speziell auf das Krankenhaus von „Ärzte ohne Grenzen“ in Maarat an-Numan in der Idlib-Provinz, und bei der Aufklärung der Vorgänge im „Razih-District“ im Nord-Jemen am 10. Januar 2016. Sie sollte auf VN-Ebene darauf drängen, gegebenenfalls mögliche Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen. Des Weiteren muss sie national und international ihren Beitrag dazu leisten, der Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen entgegen zu wirken. Dazu muss eine effektive Aufarbeitung von Fällen der Verletzung des Völkerstrafrechts im nationalen und internationalen Rahmen stattfinden. Deutschland muss hier an einer verbindlichen Strafprozessordnung arbeiten. Aber das betrifft einen anderen Ausschuss und der hat gestern dazu auch eine Anhörung gehabt. Ich wollte es nur einmal gesagt haben. Ich glaube, meine Zeit ist um.

Ich hätte noch einen Punkt - wenn ich das noch zu speziellen Herausforderungen der humanitären Hilfe sagen darf: Flüchtlinge brauchen innerhalb der aufnehmenden Länder eine wirkliche längerfristige Perspektive, weil politische Lösungen in der Regel nicht schnell zu realisieren sind. Die durch die relevanten Akteure zu schaffenden rechtlichen und infrastrukturellen Maßnahmen und Rahmenbedingungen müssen so angelegt sein, dass sie den Geflüchteten innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft eine mittel- bis längerfristige Perspektive bieten und die Übernahme von Eigenverantwortung ermöglichen. Die Bedürfnisse und der Schutz von besonderen Gruppen – sie haben eingangs Frauen, Kinder, Behinderte genannt – dürfen hierbei nicht aus dem Blick geraten, sondern müssen im Zentrum stehen. Wir versuchen in unserer Arbeit, dementsprechend zu handeln, durch den Fokus auf „Non-Camp People“ und die Gastbevölkerung, durch die konsequente Berücksichtigung von Genderaspekten sowie durch die Umsetzung von Verhaltensrichtlinien und Standards bei unseren eigenen Mitarbeitern und den Mitarbeitenden unserer Partnerorganisationen.

**Volker Gerdemesmeier** (Deutscher Caritasverband e. V.): Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank auch von mir für die Möglichkeit, an diesem – aus unserer Sicht sehr wichtigen – Gespräch zum Thema „Qualität, Qualitätsstandards in der humanitären Hilfe“ teilzunehmen. Ich möchte fünf Punkte hervorheben:

Der erste lautet: Es ist uns wichtig, noch einmal zu differenzieren – in den Fragen, die vorab gestellt wurden, schien uns das etwas ineinander zu fließen. Wir glauben nicht, dass Qualitätsstandards als zentrales Anliegen die gewünschte Effizienz haben. Wir glauben nicht, dass das Verfolgen der Qualitätsstandards uns in die Lage versetzen wird, sozusagen mit den gleichen Mitteln mehr Menschen zu erreichen - da müssen wir vorsichtig sein, da würden wir zu viel erwarten. Wir denken, dass ein stärkeres Verfolgen der Qualitätsstandards zunächst einmal kostet. Wir müssen mehr investieren. Es ist zum Beispiel schwieriger, in einer Region zu arbeiten, die besonders abgelegen ist, wo der Bedarf am größten ist. Das kostet. Das müssen wir auch unseren Geldgebern gegenüber oft vertreten. Trotzdem ist es zum Beispiel einer der zentralen Qualitätsstandards der unparteiischen Hilfe, bedarfsorientiert zu arbeiten. Insofern wollen wir noch einmal betonen, dass man genau differenzieren muss. Die Orientierung an Qualitätsstandards kostet und wir müssen dafür investieren. Aber wir halten es für absolut sinnvoll und notwendig. Wir danken dafür, dass Sie das hier zum Thema machen und auf die Agenda setzen. Es ist für uns ein zentrales Anliegen.

Wir glauben, dass sich die Beschäftigung mit Qualitätsstandards zunächst vor allem – wie Frau Füllkrug-Weitzel auch gesagt hat – um das Thema prinzipiengeleiteter humanitärer Hilfe dreht. Wir glauben, dass es zu viele Akteure in der humanitären Hilfe gibt. Wir haben zum Beispiel in Haiti gesehen – 10 000 NGOs waren vor Ort –, dass es extrem schwierig war. Wir haben uns dort sozusagen gegenseitig auf den Füßen gestanden. Es war extrem schwierig, sich in irgendeiner Form zu koordinieren. Es waren auch Organisationen



vor Ort, deren Qualität durchaus fraglich war. Wir glauben, dass es Sinn macht, das zu thematisieren und es in irgendeiner Form extern zu ordnen und zu überprüfen. Wir denken auch, dass prinzipiengeleitete humanitäre Hilfe extrem wichtig ist. Wenn wir in großen humanitären Katastrophen agieren, befinden wir uns sehr oft in zerfallenen Staaten, in Situationen, wo wir Tag für Tag immer wieder in schwierige Dilemmata kommen, uns immer zu Gewaltakteuren und zu lokalen Autoritäten verhalten müssen. Wir brauchen eine Richtschnur, einen Kompass für unsere tägliche Arbeit. Das ist das Zentrale, warum wir uns mehr mit den Qualitätsstandards beschäftigen müssen.

Drittens, wie auch schon Frau Füllkrug-Weitzel sagte: Humanitäre Hilfe steht immer in der Gefahr, als Ersatz für Handeln in anderen Politikfeldern eingesetzt zu werden. Auch da müssen wir uns immer wieder unserer Prinzipien vergewissern. Den „Core Humanitarian Standard“ – so wie er jetzt ist, wie er verabschiedet wurde – halten wir für sehr gut. Wir denken, dass es ein sehr guter Schritt nach vorne ist. Es war ein guter partizipativer Prozess. Wir freuen uns, dass nicht wirklich zentrale neue Ziele benannt wurden. Wir denken, dass dies gut so ist. Die Ziele – so wie sie schon 1994 im „Code of Conduct“ formuliert wurden – sind hier noch besser ausformuliert, konkreter geworden und unterlegt mit Indikatoren und anderem Material. Das halten wir für sehr gut. Wir begrüßen, dass das Thema Neutralität auch im neuen „Core Humanitarian Standard“ an zentraler Stelle verankert ist. Das war eine intensive Debatte. Das hat vorher – zum Beispiel im „Code of Conduct“ – gefehlt.

Wir denken auch, dass mit der erfolgten Verabschiedung des „Core Humanitarian Standard“ die Arbeit jetzt erst anfängt. Wir erinnern an eine Evaluierung des „Code of Conduct“ nach zehn Jahren, 1994 bis 2004. Da zitierte die Autorin einen Helfer, der sagte, dass alle ihn unterzeichnet, aber keiner gelesen habe. Wir denken, dass es extrem wichtig ist, dass wir uns im humanitären Sektor mit den Inhalten auseinandersetzen, dass wir uns auch die Ressourcen dafür nehmen, dass wir zentral eben unsere Leute vor Ort, unsere Partner vor Ort und

alle betroffenen Akteure schulen und dass wir evaluieren. Dass wir evaluieren und sozusagen auf Basis von empirischen Ergebnissen schauen: Wo sind wir gut, wo sind wir nicht gut, wo müssen wir besser werden? Wir denken, dass der ganze humanitäre Sektor in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr viele gute Leitlinien, Policies und Indizes entwickelt hat, dass wir aber – in der konkreten Projektarbeit vor Ort – sehr stark daran arbeiten müssen, diese auch konkret zum Leben zu bringen und sie vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Thema Evaluierung: Wir haben ja gemeinsam dieses Konzept entwickelt – „Evaluierung in der humanitären Hilfe, Wirkungserfassung“. Wir denken, dass es sehr schwer zu erfassen ist. Wir sind dafür, dass die Qualität von humanitären Akteuren unabhängig geprüft und auch extern untersucht wird. Wir denken aber, dass wir, wenn wir wirklich eine Qualitätsverbesserung erreichen wollen, eine sehr differenzierte, intensive Analyse der Arbeit vor Ort brauchen. Das geht nicht über ein Abklappern von Fragebögen und schon gar nicht über ein Aufblähen von Antrags- und Berichtsformaten. Das erleben wir sehr stark in der Praxis und da sind wir auch selber nicht ganz unschuldig. Wir können solche zentralen wichtigen Querschnittsfragen nicht erledigen, indem wir einige Zusatzfragen im Antragsformat stellen. Wir müssen konkret und genau vor Ort analysieren. Das ist eine große Herausforderung. Wir arbeiten seit Jahren daran. Wir begrüßen sehr stark das neue Evaluierungskonzept unserer zuständigen Arbeitseinheit im Auswärtigen Amt (Referat S05), die uns auch da sehr gut unterstützt.

Dritter wichtiger Punkt aus unserer Sicht: Um mehr an der inhaltlichen Qualität arbeiten zu können, müssen wir die Projektadministration vereinfachen. Wir müssen Zeit gewinnen und frei spielen können. Wir haben extrem enge Vorgaben. Wir haben von außen gesetzte Jährlichkeiten. Wir haben eine sehr kleinteilige Steuerung. Wir müssen uns jeweils kleinteiligste Änderungen genehmigen lassen. Wir haben auf der Arbeitsebene im Referat S05 oder auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Übergangshilfen und immer sehr gute



Ansprechpartner, die versuchen, uns sozusagen aus den gegebenen Richtlinien zu unterstützen und so flexibel wie möglich zu sein. Aber die Vorgaben, die wir haben, die Förderrichtlinien, die wir haben und das Zuwendungsrecht, das wir haben, beschränken uns und erschweren es uns, die Qualität in der humanitären Hilfe zu steigern. Daran zu arbeiten, ist für uns ein extrem wichtiger Hebel, damit wir uns wirklich an die inhaltliche Verbesserung der Qualität machen können. Es gibt begonnene Prozesse – wie jetzt im Auswärtigen Amt: Die Förderrichtlinie wird überarbeitet und dahingehend wurde auch der Dialog mit uns geführt. Das begrüßen wir sehr, das halten wir für sehr sinnvoll. Aber grundsätzlich ist es immer noch so, dass sich jeder Geldgeber ein anderes Format leistet und dass wir durch Mikromanagement ein Stück weit geknebelt sind, die Arbeit wirklich voranzubringen.

Vierter, vorletzter Punkt: Verlässliche langfristige Finanzierung. Das wird immer so dahingesagt. Ich möchte ganz kurz einmal ein konkretes praktisches Beispiel nennen. Ich selbst habe von 1999 bis 2000 – während des Bürgerkrieges – im Südsudan gearbeitet, einem der Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit. Wir haben nach sechzehn Jahren ohne jede medizinische Versorgung gemeinsam mit der Diakonie-Katastrophenhilfe – im Austausch und in sehr guter Koordination – begonnen, wieder eine Grundversorgung aufzubauen. Am Anfang waren alle Mitarbeiter Ausländer, weil Menschen dort – lokale Kollegen und Kolleginnen meines Alters – weder lesen noch schreiben konnten, weil sie wegen des Krieges eine verlorene Generationen waren. Wir sind dran geblieben, wir haben zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre weitergearbeitet. Inzwischen sind alle Kollegen vor Ort – bis zur Leitungsebene – Einheimische. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir das mit Ein- und Ausfinanzierung – wie wir sie oft nur bekommen – versucht hätten. Wir konnten das nur aus Spendenmitteln so weiterführen. Wir haben damals wirklich Klinken geputzt. Es war extrem schwierig, öffentliche Finanzierung zu bekommen. Es war den einen zu entwicklungslastig, den anderen zu nothilfelig, es war zu wenig Antiterrormaßnahme, es war zu wenig Fluchtursachenbekämpfung, weil die Menschen aus dem Südsudan ja nicht hierher

kommen. Wir müssen da ganz neu denken. Wir finden den Bericht des VN-Generalsekretärs sehr erfreulich. Aber ich denke, wir müssen das auch einmal ganz konkret bei uns diskutieren, an einer Verstärkung der Finanzierung und auch an der Überarbeitung der Konzepte, wie wir sie jetzt haben, arbeiten.

Fünfter, letzter Punkt: Wir denken, wir sollten – bei aller Betonung der Neutralität der humanitären Hilfe – in all den Situationen, in denen wir arbeiten, in den Gewaltkonflikten – 80 Prozent der humanitären Hilfe geht in langdauernde Gewaltkonflikte – uns noch viel mehr über den politischen Prozess in diesen Ländern unterhalten. Deutschland könnte viel stärker als friedenspolitischer internationaler Akteur wirken. Zum Beispiel wird die Arbeit, die Herr Koenigs macht, von den NGOs sehr geschätzt. Wir glauben, dass etwas ähnliches auch in Gewaltkonflikten in Afrika, in der Zentralafrikanischen Republik zum Beispiel möglich sein könnte.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Sie beziehen sich auf die Arbeit in Kolumbien.

**Volker Gerdesmeier** (Deutscher Caritasverband e. V.): Ja, Entschuldigung, Herr Koenigs ist Sonderbeauftragter für den Friedensprozess in Kolumbien. Wenn wir eine ähnliche Rolle, eine parlamentarische Beobachtung und Unterstützung der Prozesse auch in langdauernden Konflikten in Afrika südlich der Sahara hätten, wäre das ein großer Sprung. Vielleicht können wir später darüber noch sprechen. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Dann die Nächste in der Runde. Ich habe vorhin etwas lieblos „freie Gutachterin“ gesagt. Dahinter verbirgt sich aber ein hoher Erfahrungsschatz als Gutachterin aus der Arbeit bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der Deutschen Welthungerhilfe, der Europäischen Kommission, dem „Norwegian Refugee Council“ und bei ihren jetzigen Auftraggebern. In der Vergangenheit waren dies das Auswärtige Amt, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die GIZ, das Technische Hilfswerk, VN-Agenturen und das britische



Entwicklungsministerium. Das wollte ich noch ergänzen. Damit können sich vielleicht die Zuhörer noch ein bisschen mehr vorstellen. Sie haben das Wort.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Vielen Dank, Herr Brand, das ist sehr freundlich von Ihnen. Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Gäste – oben auf der Tribüne und hinter mir. Auch ich danke für die Einladung zu dieser Anhörung und die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen. Ich vertrete keine Organisation, sondern zwanzig Jahre praktische Erfahrung in verschiedensten Rollen in vielen verschiedenen Konfliktländern und habe mir für das Eingangsstatement drei Kernbotschaften vorbereitet, die mir sehr am Herzen liegen.

Die erste Botschaft ist: „Die humanitäre Hilfe ist kein geschenkter Gaul mehr, dem man nicht ins Maul schauen darf“. Wie Sie schon am Anfang erwähnt hatten, war die humanitäre Hilfe früher eher Ausdruck unserer Wohltätigkeit und deswegen war „gut gemeint“ sozusagen als Qualitätsstandard ausreichend. Heute haben wir uns darauf verständigt, dass die von Krisen und Katastrophen Betroffenen Rechte haben. Wir alle – die Hilfsorganisationen, die Geber, die betroffenen Regierungen natürlich, aber auch Haushaltsschüsse in Geberländern – sind diesen Betroffenen gegenüber rechenschaftspflichtig, nicht nur gegenüber den Steuerzahlern.

Dies bedeutet aus meiner Sicht zweierlei: Zum einen muss es einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Qualität der Hilfe – die vor Ort geleistet wird – und der institutionellen Förderung geben. Gemeint ist die Qualität der Hilfe aus der Sicht der Betroffenen.

Zum Zweiten müssen wir die Qualität der Hilfe, vor allem und ganz zuvorderst an ihrer Relevanz messen. Entspricht sie dem wirklichen Bedarf der Betroffenen? Und zwar dem Bedarf, den wir differenziert wahrnehmen: von Frauen und Männern, Jungen und Mädchen, Menschen mit und ohne Behinderungen. Wenn wir es ernst meinen mit dieser Relevanz – das ist meine zweite

Kernbotschaft –, dann muss die humanitäre Hilfe da ankommen, wo Bedarf und Not am Größten sind - auch wenn diese Krise vielleicht vergessen wäre. Jetzt könnte man denken: Das ist doch logisch, ganz einfach, das machen wir. Es ist aber gar nicht so einfach, dies in der Realität umzusetzen, denn das bedeutet erstens, dass wir den Bedarf kennen müssen, dass wir belastbare Daten brauchen. Zweitens müssen wir die Hilfe dann auch dorthin bekommen, wo der Bedarf am größten ist. Und drittens müssen wir dazu stehen, dass irgendwo anders, wo der Bedarf auch gegeben ist, aber nicht ganz so dramatisch, möglicherweise weniger Geld hinkommt. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Die internationale Gebergemeinschaft fordert von der internationalen humanitären Hilfe in einem Land eine gemeinsame Strategieentwicklung. Daraus ergeben sich dann jährlich – im Moment noch meistens jährlich – sogenannte „Humanitarian Response Plans“. Der Irak hat 2015 sehr klar vorgemacht, wie bei dieser Strategieentwicklung auch harte Entscheidungen gefällt werden müssen, um zu klaren Prioritätensetzungen zu kommen. Als Ergebnis sieht dieser „Response Plan“ dann „First“, „Second“ und „Third Line Responses“ – abgestuft nach dem Bedarf – vor. Es sind aber viel zu wenig Organisationen auch wirklich in der Lage, „First Line Response“ zu leisten. Da, wo es richtig wehtut, direkt hinter der Front, wo die Geflüchteten aus Ramadi zum Beispiel ankommen, sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und „Ärzte ohne Grenzen“ leider oft allein. Für die Geber heißt das, dass sie diese Prioritätensetzung, die sie ja einfordern, dann auch honorieren müssen und ihre Finanzierungsentscheidungen entsprechend fällen und nicht nach anderen Gesichtspunkten. Was diese sein könnten, haben meine Vorredner schon erwähnt.

Ich denke, es ist dann auch hier im Ausschuss wichtig, das Auswärtige Amt, das große Fortschritte in diese Richtung macht und hier wirklich „pusht“, auch politisch zu unterstützen und diese Prioritätensetzung nicht mitunter zu konterkarieren.

Mein dritter und letzter Punkt: „Die deutsche humanitäre Hilfe muss vor Ort mit am Tisch



sitzen“. Und zwar nicht nur in New York, Genf und Berlin, sondern auch Bangui, Bamako und in Bagdad. Das heißt, die internationale Vernetzung der deutschen Akteure muss noch stärker gefördert, aber auch gefordert werden.

Zweitens: Die deutsche humanitäre Hilfe muss in den Clustern – in gemeinsamen Bedarfserhebungen, in gemeinsamen Evaluierungen und in „Humanitarian Country Teams“ – noch stärker vertreten sein. Da sucht man deutsche Akteure leider oft noch vergeblich.

Drittens sollten auch die Entscheidungen über die Vergabe deutscher Mittel und das Monitoring laufender Projekte stärker dezentral erfolgen. Das heißt, durch eine stärkere Präsenz vor Ort, im Konzert mit den anderen Gebern, die vor Ort deutlich besser vertreten sind als die Bundesrepublik. Das war in den letzten Jahren, wo der Haushalt des AA noch sehr viel bescheidener war, nicht so dramatisch. Jetzt hat sich das ja erfreulicherweise geändert. Diese ganz wichtige Rolle, die Deutschland jetzt finanziell spielt, muss es auch durch entsprechende personelle Vertretung spielen können. Denn vor Ort kann der Mehrwert und die Qualität der Hilfe am besten eingeschätzt werden, und darum geht es ja. Denn Sie erinnern sich, die humanitäre Hilfe ist kein „geschenkter Gaul“.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Vielen Dank für die sehr konkreten Hinweise und das „Den Finger in die Wunde legen“. Wir freuen uns, dass „Aktion Deutschland Hilft“ bei uns ist. Frau Roßbach, Sie haben das Wort

**Manuela Roßbach** (Aktion Deutschland Hilft e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Ich freue mich auch. Vielen Dank für die Einladung. Ich würde gerne ebenfalls den Fokus auf drei Punkte legen. Ich hoffe es gelingt mir.

Das eine ist, dass ich Ihnen gerne auch noch einmal mitteilen möchte, wie lange wir schon an den Standards arbeiten. Ich habe Ihnen das „Sphere-Handbuch“ und die „Core Humanitarian

Standards“ mitgebracht“. Das kann sich jeder gleich einmal anschauen. Nachdem 1994 der Genozid in Ruanda stattgefunden hatte, fingen die internationale Gemeinschaft, vor allem die internationalen NGOs an sich zu überlegen, wie man die Standards verbessern könne. Ich finde, wir haben so viel erreicht, es sind so viele gute Handreichungen entwickelt worden, doch manchmal scheint es mir, dass es an der Vermittlung des Wissens fehlt. Und wenn wir uns das prioritär vor Augen halten und auch die Vermittlung des Wissens an die Betroffenen – dieses „Sphere-Handbuch“ zum Beispiel gibt es in über 40 Sprachen, es ist nach dem Erdbeben in Haiti sofort in „Kreol“ übersetzt worden – gilt das zum Beispiel auch für kleinere Organisationen in Deutschland – Sie sprachen davon –, die vielleicht nicht so breit aufgestellt sind.

Wenn wir zunächst einmal Wissensvermittlung betreiben würden, dann hätten viele Menschen auch ein Gespür dafür und wüssten, worauf es ankommt. Denn wir sitzen hier alle als Experten. Wir wissen, dass humanitäre Hilfe professionell ist. Aber wenn ich nach draußen gehe, wenn ich mit Spendern spreche, mit der Öffentlichkeit, sieht sie es eben nicht so. Ich glaube, da müssen wir einfach noch stärker gemeinsam arbeiten und nicht nur in unserem kleinen Kreis.

Trainingseinheiten finden international – im angelsächsischen Raum sehr viel stärker als bei uns – statt. Das ist anzuregen. Auch hier sind Ausbildungsstätten, Fachhochschulen, Hochschulen, schon dabei, sich um die Vermittlung von Wissen zu kümmern, allerdings längst nicht so sehr wie in anderen Ländern. Und da schließt sich auch der Kreis zu meinen Vorrednern. Wir Deutschen sind in solchen Sachen eher zurückhaltend, tragen aber gerne mit. Vielleicht wäre das eine Sache, die wir noch einmal reflektieren könnten.

Im übrigen ist es so – ich habe es in meinem Statement beschrieben: Humanitäre Hilfe orientiert sich an den humanitären Prinzipien – das sagen wir alle hier. Das muss aber auch wirklich gelebt werden. Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit



bedeuten eben, dass wir den Menschen vor Ort helfen. Das bedeutet aber auch, dass wir, wenn sich Flüchtlinge auf den Weg machen – so wie letzten Sommer – an allen Stationen dieser Flucht das gleiche Prinzip anwenden. Und da wird es dann schon ein bisschen schwieriger. Auf einmal fangen wir an und lassen politische Faktoren und Überlegungen doch eine stärkere Rolle spielen als das Prinzip, dem wir uns eigentlich untergeordnet haben.

Der dritte Punkt, der mir persönlich sehr wichtig ist, weil ich viele Gespräche geführt habe: Ich finde, wir müssen ganz, ganz stark darauf achten, dass wir Schutzräume für Frauen und Kinder schaffen, und zwar auf allen Stationen. Das ist leicht daher gesagt, aber was es konkret bedeutet, zeigt sich, wenn Frauen – ich habe selber hier mit einer Dame aus Afghanistan im letzten Oktober gesprochen, mit ihren halbwüchsigen Kindern – fünf Monate lang mit den Kindern unterwegs sind. Die Frauen sind alleine, ohne männliche Begleitung. Sie werden nicht immer höflich behandelt – das ist noch der gelindeste Ausdruck – und die Kinder müssen zuschauen, wie die einzige Schutzperson, die sie haben, schlecht behandelt wird. Wenn sie dann irgendwo ankommen – sei es im Übergangsland oder bei uns –, dann sind diese Menschen in hohem Maße traumatisiert. Das äußert sich dann auch so. Natürlich gehen sie in die Räume, die ihnen zugewiesen werden, aber wenn neben ihnen Familien – auch mit Männern – wohnen, dann haben sie Angst. Ich versuche, es an diesem Beispiel einmal deutlich zu machen: Wenn wir Schutzräume haben, wohin sich diese Personen zurückziehen können, wo sie unter sich sind, wo sie einfach wieder Kraft schöpfen können, dann wird es auch möglich sein, die schrecklichen Erfahrungen zu überwinden. Dasselbe gilt für Kinder. Es gilt auch für alte Menschen auf der Flucht und für Behinderte.

Ich möchte auch noch einmal nachdrücklich bestätigen was meine Vorredner sagten: Viele unserer Organisationen leisten hervorragende Arbeit. Es wäre schön, wenn wir das auch im internationalen Verbund stärker und selbstbewusster vortragen würden und dann eben auch dazu beitragen, Standards

weiterzuentwickeln und die humanitäre Hilfe damit auch.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Roßbach, der Nächste ist Herr Dr. Strohmeyer.

Dr. **Hansjoerg Strohmeyer** (OCHA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender für die Einladung. Liebe Abgeordnete, liebe Kollegen, das war schon eine sehr erquickliche und ergiebige Runde. Ich will mich auf ein paar zusätzliche Punkte konzentrieren und mit einem kleinen Rückblick starten.

Es scheint, dass sich humanitäre Hilfe in ungefähr Zehnjahreszyklen verändert. Vor 25 Jahren hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluss zur stärkeren Koordinierung humanitärer Nothilfe gefasst. Das kam aus den Bosnien-, Ruanda-, Afghanistan Erfahrungen heraus, aus den Bildern aus dem Irak, die manche von uns noch kennen, wo Flüchtlinge im Norden Iraks, die sich auf der einen Seite im Schnee befanden, nicht auf die andere Seite konnten, weil sie auf der einen Seite Binnenflüchtlinge waren und noch nicht Flüchtlinge nach der Flüchtlingskonvention. Daraus ist mein Büro – das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten – entstanden.

Dann gab es 2005, das Jahr, in dem der Tsunami, das Erdbeben in Pakistan und die Krise in Darfur im Sudan stattgefunden haben. Das hat zur humanitären Reform und zu den Clustern, die erwähnt worden sind, geführt. Ich glaube, dass wir im Moment an einem ähnlichen Wendepunkt stehen, wie bei den früheren Zehnjahreszyklen. Herr Vorsitzender, Sie haben dies selbst erwähnt: Mit „Business as usual“, also so, wie wir bisher vorgegangen sind, können wir im Hinblick auf die Zahlen, die wir aktuell haben, die Anforderungen an humanitäre Hilfe, nicht weitermachen.

Was sind im Hinblick auf humanitäre Hilfe die Kernelemente dessen, das sich verändern muss? Wir haben in den letzten zehn Jahren einen Anstieg der humanitären Hilfe von über 400





Prozent gesehen - vor zehn Jahren 3,8 Milliarden, heute über 20 Milliarden. Das ist nicht alles finanziert, aber das sind die Anforderungen der VN-Appelle; ungefähr 50 oder 54 Prozent davon sind finanziert.

Die verschleppten langjährigen Krisen sind das Normale. Humanitäre Hilfe ist gegründet, erfunden worden – wie wir gerade erfahren haben –, um schnell und aktiv akute Krisen zu bedienen. Was wir heute sehen, ist, dass eine humanitäre Krise durchschnittlich siebeneinhalb Jahre dauert. Wir sind für siebeneinhalb Jahre und länger in vielen Gebieten tätig, wenn wir uns den Sahel angucken oder Darfur, in vielen anderen Bereichen sogar fünfzehn Jahre und länger, mit Flüchtlingscamps von bis zu einer Million und darüber. 80 Prozent der Gelder werden heute in fünf Krisen ausgegeben. Selbst im „Peacekeeping-Bereich“ sieht es so aus, dass Missionen heute dreimal länger dauern als vor zehn Jahren. Der Trend ist ganz klar: Diese verschleppten langwierigen Krisen sind das Normale, nicht die kurzfristige, akute Notlage. Wir müssen uns dementsprechend umstellen. Im Blick darauf einen kurzen Dank natürlich auch von unserer Seite für den enormen Sprung nach vorne, den Deutschland – dank Ihrer Arbeit und auch der Arbeit von Frau Aderholt und der Kollegen im AA – gemacht hat. Durch deutlich erhöhte Finanzierungsmittel ist Deutschland heute einer der bedeutsamsten Geber und seiner Verantwortung gerecht geworden.

Aber es gilt, was andere auch gesagt haben: Der humanitäre Bedarf wird nicht sinken, er wird sich weiter nach oben entwickeln. Bevölkerungswachstum, Klimawandel und die Entwicklung von Konflikten deuten alle daraufhin, dass wir in zehn Jahren noch mehr Bedarf haben und in noch längerfristigen Krisen tätig sein werden. Das stellt nicht nur die Frage nach der Effektivität. Natürlich ist Effektivität ein Qualitätsmerkmal, aber auch, wie wir den Bedarf anders angehen. Das heißt – der Bericht des Generalsekretärs zum „Humanitären Weltgipfel“ mit dem Titel „One Humanity, Shared Responsibility“ stellt das klar –, es gibt einen Zyklus, der viel mehr Investitionen in Prävention und Konfliktlösung erfordert. Man hat zumindest

hier manchmal den Eindruck, dass humanitäre Hilfe eine Ersatzleistung für politische Untätigkeit oder politischen Unwillen ist. Das heißt nicht, dass solche politischen Investitionen einfach wären. Es ist nicht so, dass man einfach mit Obama oder Putin sprechen könnte und dann ergäbe sich das. Man steht heute vor viel komplexeren Situationen mit regionalen und lokalen Akteuren, die alle hinter einen Friedensprozess gebracht werden müssen.

Man hat zweitens das internationale Recht, was Sie angedacht haben. Aber man hat auch das Modell, wie wir heute Hilfe insgesamt darbieten. Das heißt, humanitäre Hilfe läuft heute häufig – um ein Beispiel zu geben – folgendermaßen: Wir haben in Jahr „eins“ ein Flüchtlingscamp, wir haben irgendwo eine Million Flüchtlinge. Im Jahr „eins“ werden Wasser, Nahrungsmittel und Zelte zur Verfügung gestellt. Im Jahr „Zehn“ sind es Erziehung, Ernährung und sehr komplexe Programme - alles aus humanitären Mitteln. Das heißt, im Jahr „zehn“ haben wir eine Million Leute – wir haben in Darfur jetzt für 15 Jahre verschiedene Camps mit 100 000, 150 000 [Flüchtlingen]; das sind größere Städte in Deutschland – auf der Basis humanitärer Hilfe am Leben erhalten. Wir fordern nicht nur einen Paradigmenwechsel, sondern - wie Sie, Herr Brand, gesagt haben - wir müssen uns auch überlegen, wie wir den Bedarf vorausschauend verringern können. Das ist für mich der eigentliche Paradigmenwechsel. Die offiziellen Zahlen sind so, dass wir nach der Genfer Flüchtlingskonvention ein Drittel externe Flüchtlinge und zwei Drittel Binnenflüchtlinge haben, also 40 Millionen Binnenflüchtlinge und 20 Millionen internationale Flüchtlinge. Die Binnenflüchtlinge sind also ein großes Problem. Wenn wir irgendwo eine Million Leute haben, ist es heute so, dass wir in Jahr „eins“ aus den Gründen, die unsere Kollegen dargestellt haben, geben, was wir können. In Jahr „zwei“ sagen wir, die Leute hätten aber noch mehr Bedarf. Also gehen wir zu Ihnen und zu anderen Ländern und sagen, dass wir noch mehr Geld brauchen. In Jahr „drei“ brauchen wir dann noch mehr Geld. Und so können wir demonstrieren, dass der Bedarf, nicht notwendigerweise die Zahl der Leute pro Jahr immer weiter nach oben geht. Der [eigentliche] Kostentreiber ist diese



Verschleppung der Krisen. Investitionen in Prävention- und Konfliktsolution sind ein Effektivitätsmerkmal.

Das zweite ist, dass wir langfristig anders zusammenarbeiten müssen. Nicht jedes Gebiet ist Aleppo, Homs oder Bangui. Natürlich stellt niemand in diesen Gebieten humanitäre Hilfe in Frage. Das ist absolut notwendig, da kann es nicht um die Erweiterung von Entwicklungszielen gehen, da geht es um humanitäre Prinzipien, um Zugang, um lebensrettende Maßnahmen. Aber es gibt auch andere Gebiete, etwa den Sahel, wo es Nahrungsmittelknappheit gibt, es gibt viele Gebiete, wo wir uns eine andere Zielsetzung setzen müssen als den Bedarf und was wir tun können, um ihn zu verringern. Was können wir tun, um über einen Zeitraum von fünf Jahren die Anzahl von Binnenflüchtlingen durch Zurückführung, durch Integration in die Communities, in denen sie sind und durch internationales „Resettlement“ zu verringern - so müssen wir da herangehen und das muss finanziert werden. Wer kann das machen, wie kann das finanziert werden? Es bedeutet, dass wir ein komplexeres Gebilde vor uns haben, wo es nicht nur darum geht, was für Inputs wir haben, was wir ausliefern können. Es geht darum, was für Ergebnisse wir in Fünf-Jahres-Zeiträumen erzielen können, die im Endeffekt zumindest die Zielsetzungen – die längerfristigen Zielsetzungen – der Entwicklungshilfe und der nachhaltigen Entwicklungsziele, die letztes Jahr verabschiedet worden sind, unterstützen. Das heißt nicht, dass wir die humanitäre Hilfe politisieren wollen, aber dass man zumindest eine ähnliche Zielsetzung hat, dass man in gemeinsame Richtungen arbeitet.

Zum Abschluss dieses Punktes ein Zitat: 2005 – vor elf Jahren - hat es für die Tsunami-Hilfe eine Evaluierung gegeben. Ich lese auf Englisch vor, was [damals] die fundamentale Schlussfolgerung war: „Fundamental reorientation is called for away from supplying aid to supporting and facilitating communities’ own relief and recovery priorities“. Wir diskutieren das elf Jahre später, als ob uns das gestern eingefallen wäre. Wir müssen ernster mit dem umgehen, was wir beschließen, was wir für richtig empfunden haben und eine bessere gemeinsame Zielsetzung über

mehrere Jahre mit Entwicklungshilfeakteuren, mit lokalen Akteuren und Behörden [entwickeln]. Wo das möglich ist, ist es ein absolutes Muss und für mich ein Teil dieser Qualitätsstandards-Diskussion, weil es den Bedarf verringert.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Auch ein besonderes Dankeschön für das Erwähnen von Darfur und Sudan. Ich glaube auch, dass die sogenannten „vergessenen Krisen“ auf den Tisch gehören. Ich will im Übrigen nur eins zum Thema „Paradigmenwechsel“ ergänzen. Sie haben vollkommen Recht: Es geht nicht nur darum, humanitäre Hilfe effizienter zu gestalten. Deswegen hatte ich vorher auch davon gesprochen, Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen, weil es nicht nur um Effizienz geht, sondern vor allen Dingen darum, Untätigkeit an vielen Stellen zu beenden.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Eingangsstatements. Wir werden es jetzt so halten, dass wir eine Fraktionsrunde starten, dass Sie jeweils Ihre Fragen notieren und dann in umgekehrter Reihenfolge – Herr Strohmeier, Sie sind dann der Erste – antworten werden. Für die CDU/CSU-Fraktion darf ich das Wort dem Kollegen Patzelt geben.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU): Zunächst möchte ich Sie, Frau Roßbach, etwas fragen. Sie haben in ihrer Stellungnahme gesagt, dass bei der Umsetzung der vorhandenen Standards Evaluierungen der eigenen Arbeit unerlässlich sind - jedenfalls habe ich das so verstanden. Für die handelnden Akteure ist das auch sehr wichtig. Wie sollen denn diese Evaluierungen Ihrer Vorstellung nach ablaufen? Sollen die NGOs das selber tun oder sollen sie eine Fremdbegutachtung erfahren?

Frau Kreidler, auch Ihnen natürlich zunächst ein Dankeschön. Sie haben in Ihrer Stellungnahme trotz Ihrer Kritikpunkte an den bestehenden Strukturen des Systems der internationalen humanitären Hilfe gesagt, die Architektur reiche insgesamt aus. Das kam ja auch jetzt in den Stellungnahmen zum Ausdruck. Die Entwicklung neuer Strukturen wäre also eher hinderlich. Jetzt



bewegt uns die Frage, wie Sie denn konkret eine mögliche Vereinfachung der Abläufe, eine Verschlankung der Strukturen sehen würden, wenn Sie sagen: „Nicht mehr, aber bessere [Strukturen]“.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Für die Fraktion DIE LINKE., Frau Kollegin Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Herr Strohmeyer hat darauf hingewiesen und Frau Roßbach auch, dass es die humanitäre Hilfe nicht erst seit gestern gibt. Ich bin ähnlich lange unterwegs in diesem Geschäft wie Sie. Da kommt es einem manchmal schon ein bisschen eigenartig vor, was man heute so diskutiert. Einer der zentralen Punkte ist neben „ziviler Konfliktvermeidung“ und „Vermeidung von Kriegen“ – Frau Füllkrug-Weitzel hat es gesagt – „keine Waffenexporte“. Aber wie können wir viel, viel stärker wieder in die Öffentlichkeit, in das Parlament, in die Debatte bringen, wie wichtig eigentlich zivile Konfliktbearbeitung ist? Eine Frage an alle.

Und dann habe ich mir notiert, was natürlich auch seit Jahren diskutiert wird: die Wichtigkeit lokaler Akteure vor Ort. Ich war vor einiger Zeit in Jordanien und im Libanon und habe gesehen, wie die internationalen und VN-Organisationen da agieren - nämlich weit weg von den lokalen Bedürfnissen. Ich weiß, dass der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen das Rotationsprinzip anwendet. Wenn da jemand gerade neu ankommt ohne Arabisch zu können, ohne – ich muss sagen, das begreife ich überhaupt nicht – wirklich die Bedürfnisse der gefährdetsten Gruppen viel, viel stärker im Blick zu haben, wie zum Beispiel – Sie haben es genannt – Schutzräume für Frauen und Kinder .... Ich war mit einer Kollegin – einer Übersetzerin – unterwegs. Ich war immer von Männern umgeben und schließlich habe ich sie mir geschnappt und bin hin zu den Frauen, ganz alleine. Da erfahre ich dann - was ich gehört habe -, wie die Bedürfnisse dieser Frauen und Kinder überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Und wir wissen doch auch nicht erst seit gestern, dass Frauen und Kinder, Ältere, Kranke und so weiter spezielle

Berücksichtigung brauchen.

Wenn ich dann noch lese und höre, dass lokale Akteure zunehmend von internationalen Akteuren – VN-Organisationen und anderen – zurückgedrängt werden, dass das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen mittlerweile eine „implementing agency“ geworden ist – da möchte ich vor allem von Herrn Strohmeyer eine Einschätzung hören – und dann mit lokalen Akteuren – mit „CARE International“ oder „Save the Children“ und solchen Organisationen, wie mir berichtet wurde – konkurriert, dann stimmt doch etwas nicht.

Und die Vielzahl der Akteure – Sie haben es erwähnt, Herr Gerdesmeier, 10 000 NGOs in Haiti, viele, viele in anderen Gebieten auch: Führt das zu höherer Effizienz, zu mehr Hilfe für die Betroffenen? Nein. Manchmal behindern die sich wirklich gegenseitig, man ist nur beschäftigt mit Koordinierung. Das ist eine wirklich fundamentale Frage: Warum hat man daraus bislang so wenig oder gar nichts gelernt? Wie kann man dieses Problem der mangelnden Koordinierung und der Vielzahl der Akteure plus dem Finanzierungsbedarf dieser Akteure überhaupt in den Griff kriegen? Wie kann man das wesentlich verbessern? Denn es tut Not.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Finckh-Krämer.

Abg. Dr. **Ute Finckh-Krämer** (SPD): Ich weiß, warum ich sowohl im Unterausschuss Zivile Krisenprävention als auch in diesem Ausschuss bin. Ich greife das gerne auch in diesem Ausschuss wieder auf, die Idee von Frau Groth, den Zusammenhang hier noch einmal an einem Beispiel zu diskutieren, wie wir das formal bei Myanmar gemacht haben.

Ich wollte zunächst zur Evaluierung fragen, ob es da auch internationale Mechanismen gibt oder ob man sich auf nationale Mechanismen verlassen muss. Wenn es um nationale Mechanismen geht, ob es da „Best Practice“ oder etwas gibt, das man



in Deutschland – als einem der großen humanitären Akteure – zum Beispiel aufbauen könnte.

Zweite Frage ist: In einem der Papiere stand, dass in Ländern, wo auch VN-Friedensmissionen sind, der VN-Koordinator oft der stellvertretende Leiter der VN-„Peace-Keeping-Mission“ ist und dann eben mehrere Hüte auf hat. Und ich habe Toby Lanzer – kurz bevor er im Süd-Sudan ein Einreiseverbot, beziehungsweise Ausreisegebot bekam – einmal in dieser Rolle mit vier Hüten erlebt. Ich war mir nicht so sicher, was dabei aus der Unabhängigkeit der humanitären Hilfe wird in der Wahrnehmung derer – nicht in seiner Selbstwahrnehmung oder in seiner Aufgabenwahrnehmung –, die ihn dann im Land erleben. Es ist die Frage, ob man da nicht doch im VN-System noch einmal etwas ändern müsste, weil es ja immer zwei Wahrnehmungen gibt: die Wahrnehmung, wie etwas gemeint ist und vielleicht auch – wenn man es von außen anguckt – durchgeführt wird, und die Wahrnehmung, wie sie von denen im Land – unter Umständen auch einer Konfliktpartei – aufgefasst wird.

Zur Frage, ob wir einen internationalen Mechanismus brauchen, um Organisationen daran zu hindern, in ein bestimmtes Katastrophengebiet zu gehen - also das Beispiel Haiti. Auch bei Nepal gab es am Anfang – nach dem Erdbeben – Berichte, dass Gruppen, die völlig falsche Dinge brachten und nicht mit den internationalen Standards vertraut waren, die dringend benötigten Landemöglichkeiten auf dem einzigen noch funktionsfähigen Flughafen blockierten. Brauchen wir da einen internationalen Mechanismus, um vorab oder in einem sehr schnell ablaufenden Prozess zu priorisieren? Wer darf als Erster oder wer soll als Erster in ein Katastrophengebiet gehen, sofern es nicht ohnehin eines ist, wo nur ganz wenige Organisationen in Frage kommen ?

Und dann die Frage „Staatsversagen“ versus „humanitäre Hilfe“. Wir hatten heute früh im Auswärtigen Ausschuss das Thema „Ukraine“. Dort haben wir unglaublich reiche Leute, die sich auch als Politiker an dem, was eigentlich Staatsvermögen und Staatseinkünfte sind,

bereichern - gleichzeitig wird humanitäre Hilfe für die intern Vertriebenen geleistet. Wir brauchen also internationale Mechanismen, um auf solche Staaten Druck auszuüben, bevor wir humanitäre Hilfe leisten und es damit unter Umständen solchen Korruptionssystemen leicht machen.

Dann zur Frage, „Flüchtlinge als politischer Druckfaktor“. Wie gehen wir damit um? Also etwa Palästina – die Langzeitflüchtlinge –, aber auch Aserbaidschan, wo jetzt Leute seit über zwanzig Jahren intern als Flüchtlinge und als „Staatsbürger minderen Rechts“ gelten.

Schließlich die Frage nach „Capacity-Building“ unter Flüchtlingen. Ist das etwas, das man sich vorstellen kann? Dass man also, wenn man so etwa für zehn Jahre plant, beim Jahr „zwei“ steht: „Flüchtlinge so schulen, dass sie die Externen sukzessive ersetzen können“.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Sonderbeauftragte Tom Koenigs.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin hier wie jeder andere Abgeordnete auch - wir reden nicht über Kolumbien. Zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich für diesen Input bedanken. Wir sind der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, aber im Augenblick sind wir der für humanitäre Hilfe und Menschenrechte. In dieser Funktion fände ich es auch richtig, wenn wir mit der deutschen Delegation nach Istanbul fahren – wenigstens der Vorsitzende –, denn das ist eine Angelegenheit des Parlaments und der Regierung. Und wenn die Frau Roßbach darauf hingewiesen hat, dass wir es endlich geschafft haben, den Haushaltstitel für humanitäre Hilfe beträchtlich zu erhöhen, dann ist das eine Folge parlamentarische Entscheidungen.

Deutschland war bisher sehr zurückhaltend, bekommt jetzt [aber] eine neue Rolle, ist künftig hoffentlich weniger zurückhaltend, gerade wenn es dann auch um mehr Training geht, aber meines Erachtens auch in der Strategiebildung. Der



„Humanitarian Summit“ in Istanbul ist ein Forum, wo neue Strategien diskutiert werden. Ich finde den Bericht des Generalsekretärs „One Humanity, Shared Responsibility“ wegweisend und ein ganz wichtiges Dokument. Dass man in so ein Dokument so etwas wie die Streubombenproblematik oder Waffenexporte bringt, ist ein Riesenschritt. Ich bin sicher, dass Deutschland diese Paragraphen aktiv unterstützt hat, dass das dort hinein kommt. Andere Staaten waren ja sehr scharf dagegen.

Auch die Verbindung von humanitärer Hilfe, Menschenrechten und „Sustainable Development Goals“ – alle Experten und Expertinnen haben das gesagt – ist ein ganz entscheidender Punkt, also die Verbindung von kurzfristiger und langfristiger, aber prinzipiengeleiteter Hilfe. Unsere Organisation der Bundesregierung mit zwei konkurrierenden Ministerien ist natürlich Gift für so etwas. Also hat man jetzt die Abgrenzung noch schärfer gezogen. Wenn jemand vom AA „Sustainable Development Goals“ sagt, dann kriegt er gleich „einen drüber“. Das kann ja eigentlich so nicht weitergehen. „From delivering aid to ending need“ - das ist diese Verbindung. Sind wir da auf dem richtigen Wege oder was sind Ihre Anforderungen an die Bundesregierung auf dem Humanitären Gipfel?

Ich will noch einen ganz anderen Gesichtspunkt anbringen. Ich finde es in dem Bericht gut, dass man nicht nur immer wieder die vier wichtigen humanitären Prinzipien herunter dekliniert – die können wir inzwischen singen, auch nachts – sondern, dass man auch sagt, es gibt auch andere Prinzipien. Zum Beispiel: Wir haben in Deutschland ja mit humanitären Notsituationen jetzt große Erfahrung. Das Hauptproblem für die Flüchtlinge ist – auf lange Frist – nicht die Nahrung gewesen – da gibt es Bürger in Deutschland, die das machen –, sondern die Information. Da sind Leute ein dreiviertel Jahr hier und wissen immer noch nicht, was ihr Status ist. Das ist etwas, das schmerzt. Das Recht der Betroffenen auf Information oder – Sie haben es formuliert – auf Bildung: Je länger das dauert, umso schwieriger. Offensichtlich sind die Flüchtlinge, die sieben Monate oder Jahre unterwegs sind und sich dann von Italien durch

Europa schleppen, jenseits jeder Bildungsinstitution. Das sind – glaube ich – Punkte, die man in den Vordergrund bringen müsste.

Ich sehe bisher noch nicht, dass die Bundesregierung diese Herausforderung wirklich gesehen hat. Ich hoffe, dass der Gipfel in Istanbul da den nötigen „Push“ gibt.

Noch zwei Sachen, die meine Kollegen und Kolleginnen gesagt haben: Die Diskussion über „Integrated Missions“ kann man sehr kurz zusammenfassen. Da gibt es manchmal Leute, die schaffen das, und meistens schaffen die Leute das nicht. Und das zweite: Koordinierung ist ein großer Jammer, wenn viele Leute zusammenarbeiten. Ich finde, die Frage, die man stellen müsste, wäre nicht, wer koordiniert, sondern, ob wir uns koordinieren lassen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. In der ersten Runde war eine ganze Menge an Themen drin. Ich schlage vor, dass jeder die Fragen beantwortet, die er gestellt bekommen hat und vielleicht auch dort etwas sagt, wo er meint, dass er unbedingt noch etwas ergänzen müsse. Dass kann jeder gerne auch tun. Wir beginnen dieses Mal jetzt am anderen Ende - Herr Strohmeyer.

Dr. **Hansjoerg Strohmeyer** (OCHA): Ja, vielen Dank für die reichen Fragen. Ich gehe einfach die Liste entlang. Zivile Konfliktbewältigung: Wir haben über den humanitären Weltgipfel gesprochen. Wie Sie, Frau Finckh-Krämer, herausgestellt haben, ist das eben nicht nur eine Frage der Politik. Die Politiker sprechen über Prävention, die Humanitären über humanitäre Hilfe und „Development“ spricht über irgendetwas anderes. Um Flüchtlinge zurück zu bringen, bedarf es eines politischen Willens und einer politischen Investition. Das heißt, das muss aus Gesprächspunkten von Außenministern oder hohen Delegationen hervorgehen, dass man zum Beispiel einen Politikwechsel, einen Paradigmenwechsel in bestimmten Ländern herbeiführen will, um Leuten Zugang zum Arbeitsmarkt, Freizügigkeit in einem Land,



Zugang zu Sozialsystemen und so weiter und so fort zu geben. Daran liegt es, dass Leute für fünfzehn oder zwanzig Jahre am Tropf der internationalen Gemeinschaft hängen, weil sie totes Kapital sind, nicht produktiv werden. Das hat auch mit politischem Willen, externem politischen Willen – natürlich auch im Land, aber auch extern mobilisiertem politischen Willen – zu tun.

Prävention: Wir versuchen ganz konkret am Welthumanitären Gipfel etwas, das wir ein „Präventionspaket“ nennen. Wenn wir ganz ehrlich sind, ist Prävention ein bisschen ein Jargon in Unterhaltungen. Wir reden darüber, wie wunderbar es wäre, wenn wir Prävention machen würden. Dann fallen uns auch ein oder zwei Beispiele aus der näheren Vergangenheit ein, wo das relativ erfolgreich gewesen ist. Aber über zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre, so haben wir jetzt – in der Vorbereitung des Reports, den wir geschrieben haben – festgestellt gibt es zum Beispiel keine „best practice-“ oder „lessons-learned“-Studie über das, was in der Prävention funktioniert hat, was die fünf oder zehn Dinge sind, die funktionieren, die man machen und die man nicht machen soll. Das muss man sich einmal vorstellen. Das heißt also, Prävention eignet sich rhetorisch für Workshops und so weiter, weil es sich wunderbar anhört. Aber wir müssen das in eine praktischere Relevanz überführen.

Wir haben vier Schritte vorgeschlagen, ein Präventionspaket. Dazu zählt, dass man sagt, lasst uns investieren in „lessons learned“, lasst uns in die Kapazitäten investieren, die Prävention machen müssen. Und das gilt eben nicht nur bei den Vereinten Nationen oder internationalen Organisationen. Es ist doch, wenn Sie ganz ehrlich sind, in Ihren eigenen Ministerien genauso. Wieviel Kapazität haben viele Außenministerien heute, um parallel in fünf Krisen zu investieren? Sehr wenig, wenn man sich anguckt, wie viele Kapazitäten in Auswärtigen Ämtern – politische Kapazitäten – von zwei oder drei riesengroßen Krisen absorbiert werden. Syrien - wer ist verantwortlich, um die Syrien-Krise im Endeffekt beizulegen? Das sind nicht 95 Staaten. Das sind im Endeffekt vier, fünf

Akteure. Also, wo sind Länder wie Deutschland, Norwegen und andere? Kennen Sie eine Führung in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan, in Burundi und in anderen Gebieten, wo der Sicherheitsrat nicht gespalten ist, wo Prävention und Konfliktbewältigung möglich sind? Kann man da investieren? An dem Punkt wollen wir ein konkretes Konfliktpräventionspaket schnüren.

Das Zweite ist: Wir haben über die Wichtigkeit lokaler Organisationen gesprochen. Nur so viel ganz schnell: Ich glaube es ist ganz wichtig, dass wir uns in unsere Programme nicht nur [schreiben], wie viel wir geben und ausliefern, sondern auch – wie der Kollege von der Caritas dargelegt hat –, wie wir uns aus dem Job herausarbeiten. Und das kann man eben nur langfristig machen. Dafür muss man sich Fünf-Jahres-Ziele setzen. Aber das muss man in das Programm mit einarbeiten. Sehr häufig passiert das nicht. Deswegen werden lokale Kapazitäten trotz vieler Rhetorik nicht gestärkt und wir machen uns auf lange Sicht unentbehrlich.

Mein Verständnis von UNDP ist, dass diese schon immer eine Implementierungsorganisation gewesen ist. Aber ich arbeite nicht für UNDP, von daher können Sie mich eines Besseren belehren. Aber UNDP hat schon immer nicht nur Koordinationsfunktionen, sondern immer auch Implementierungsfunktionen gehabt. Das ist jedenfalls meine Sicht.

Flüchtlinge: Die Kapazitätsbildung unter Flüchtlingen – das betrifft den Punkt, den ich vorher ausgeführt habe. Betrachtet man Flüchtlinge als im Prinzip totes Kapital, als tote Masse, die man für ein, fünf, zehn Jahre – das ist in Deutschland wie in Kenia oder im Libanon die gleiche Frage – verwalten muss oder gewährt man ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt, Freizügigkeit, Wohnungswechsel? Wo wir das so gemacht haben – in Uganda und in anderen Bereichen – sind die Ergebnisse positiv. Menschen wollen nicht Hilfsempfänger sein und schon gar nicht für fünfzehn Jahre. Sie wollen produktiv sein, sie wollen ihre Würde zurückerhalten, sie wollen ihre Kinder in Schulen schicken. Interessant ist eine Umfrage unter Flüchtlingen im Libanon, die



nach deren Hauptbedürfnissen gefragt hat. Die [Flüchtlinge] haben nicht gesagt: Wasser, Nahrungsmittel und Zelte. Sie haben gesagt: Erstens Jobs, zweitens Ausbildung für die Kinder – vor allem für die Mädchen –, drittens Sicherstellung der Wohnung, in der sie sind. Das heißt also, was Leute als unmittelbare Bedürfnisse empfinden, führt zu einer Umdefinierung der humanitären Hilfe. Um diese drei Sachen zu bedienen, kann man sich nicht auf die alte Form der humanitären Hilfe des Aushändigens von Dingen beschränken. Da muss man einen über mehrere Jahre gehenden Bedarfsplan entwickeln, der sich eben auch mit anderen Akteuren und anderen Leistungen verbindet.

Zu den Punkten, die der Abg. Koenigs aufgebracht hat: Der Bericht des Generalsekretärs schlägt vor, einen „New-Way-of-Working“, ein neues Businessmodell für „Aid“ zu entwickeln. Da gibt es acht Punkte, von denen die traditionelle humanitäre Hilfe ganz klar ein Teil ist. Aber er erkennt auch an, dass man über mehrere Jahre – basierend auf dem, was im Englischen „Comparative Advantage“ heißt, wer also bessere Voraussetzungen, Wettbewerbsfähigkeit hat - und eben auch zu koordinierten Zielsetzungen zusammenarbeitet. Ohne da ins Detail zu gehen: das ist eben dieses „Delivering Aid to Ending Need“. Was ist das Businessmodell, mit dem wir heute arbeiten? Wenn wir ganz ehrlich sind, würden wir alle sagen, es ist eigentlich ein – trotz aller Verbesserungen – klassisches „Charity“-Modell. Wir geben immer noch Dinge aus, wir arbeiten vielleicht mit Organisationen, aber wir tun nicht genug, um den Bedarf zu beenden oder zu verhindern. Die Alternative zu dem Businessmodell, das wir haben – die manchmal notwendige „Ausgabe-Charity“ – kann nur sein, dass man den Bedarf verringert oder den Bedarf beendet, wo es notwendig ist. Und das bedarf ganz anderer Investitionen. Nicht auf Kosten der humanitären Hilfe, aber zur Komplementierung der humanitären Hilfe, wie alle von uns ausgeführt haben.

Nur eine Fußnote zu den Streubomben: Für uns ist das ein ganz zentrales Thema. Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir den Gipfel eben nicht nur dazu benutzen, darüber zu reden, wie

wir humanitäre Hilfe anders ausliefern, sondern auch wirklich an die fundamentalen Regeln gehen, die wir nicht verändern, aber implementieren wollen. Wir müssen das Recht nicht verändern, wir müssen das Recht anwenden. Es sind die Kardinalprinzipien des internationalen humanitären Rechts, die Unterscheidung, die Vorsichtsmaßnahmen und die Proportionalität, die unter Druck geraten sind, es ist die Anwendung. Und das Thema „Streubomben“ ist ein gutes Beispiel dafür. 95 Prozent aller Zivilisten in urbanen Gebieten kommen heute durch Streubomben, durch kinetische Energie von oben, um. Und die meisten Kriege heute finden in urbanen Gebieten statt. Das heißt, dass ein Umdenken stattfinden muss, das nicht von heute auf morgen stattfinden kann, das natürlich für Militärs auf dem taktischen Level eine große Herausforderung bietet, dass aber machbar ist. Wir haben das in Afghanistan gesehen. Die dortigen Militärs haben die Zivilopfer um mehr als 50 Prozent verringert, allein durch taktische Veränderung, dadurch, wie sie sich aufgestellt haben. Das ist machbar. Darum geht es bei diesem Thema. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Roßbach.

**Manuela Roßbach** (Aktion Deutschland Hilft e. V.): Evaluierung – wie soll das geschehen? Machen das die NGOs selbst oder wie passiert dies? Ja, das machen die NGOs selbst. Wir führen zum Beispiel regelmäßige Evaluierungen durch. Wie geschieht dies? Es geschieht, indem wir natürlich vorher schauen: Was waren die Programme und nach welchen Maßstäben soll evaluiert werden? Das kann von Mal zu Mal verschieden sein, aber wenn wir uns auf Themen und Standards einigen, die uns wichtig sind, dann könnten wir entsprechend evaluieren. Insofern ist das ein ganz schönes Instrument, weil man sich zuerst einigt und dann schaut, ob das denn auch erreicht worden ist. Und damit stellt man auch gleichzeitig die Frage nach der Wirkung.

Zu der Fragestellung, ob etwas aufgebaut werden muss: Nein, das würde ich nicht so sehen, weil das ja bedeuten würde, dass man es gleich macht – es sei denn, man hat ein spezielles Thema. Aber



wenn wir zum Beispiel wissen wollen, ob es die Organisationen schaffen, Schutzräume herzurichten für Frauen, Kinder und ältere Menschen und so weiter, würde man entsprechend evaluieren können. Und man würde fragen können: Habt ihr das denn, wo sind die denn? Wie habt ihr das gemacht? Ist es angenommen worden? Wenn die dann sagen, wir haben drei Männer gehabt, die haben sich um die Frauen gekümmert: Haben die Frauen dann geredet? Nein, die werden nicht geredet haben.

Der Teufel liegt da im Detail, aber je klüger man am Anfang ist, desto mehr kann man hinterher herausbekommen. Insofern ist das ein gutes Instrument, das auch Geber anwenden können. Sie können die Verwendung ihrer Mittel, die Sie weitergeben, dann entsprechend überprüfen – das passiert ja heute auch schon.

Zur Wichtigkeit von lokalen Akteuren: Wir sagen immer – es ist aber am Ende auch so –, dass die handelnden Personen vor Ort natürlich tatsächlich auch wissen müssen, was sie tun sollen. Ich gebe zwei Beispiele. Ich war selber in Haiti – es ist jetzt schon ein bisschen länger her, aber ich glaube, es ist kein Einzelfall – vor Port-au-Prince in einem der großen Camps. Es waren zwei Organisationen – keine deutschen – damit betraut, für Wasser zu sorgen. Es gab relativ viele Menschen aus der Bevölkerung, die einfach herumstanden. Sie kamen auf uns zu und sagten, sie würden so gerne etwas tun. Es liegt dann an den Helfern zu sagen: „Ok, wir strukturieren das, wir stimmen das ab mit OCHA und dann schauen wir, wie wir mit euch zusammen das hinkriegen können.“ Manche schaffen das, aber nicht alle. Ich glaube es ist am Ende auch eine Frage, wie man damit umgeht, ähnlich wie bei uns hier mit der Flüchtlingskrise: Sie haben Gemeinden, da funktioniert alles wie am Schnürchen und andere, da funktioniert es halt nicht. Ich will das jetzt nicht so ganz lapidar vereinfachen. Ich will nur sagen, auch hier geht es um das Training. Ich bin halt auch Pädagogin und ich glaube, dass man bestimmte Dinge trainieren, festhalten und in den Vordergrund rücken kann.

Ja, vieles ist technisiert, weil wir messen wollen

in allem, was wir tun. Man kann eben viel schöner messen, wie viel Liter geflossen und wie viel Nahrungsmittel verteilt worden sind. Aber „Streicheleinheiten“ und „Zuhören“ sind eben nicht so gut zu messen. Wenn wir aber darauf Wert legen, würdevoll mit den Menschen umzugehen, und diesen Aspekt in den Vordergrund rücken, schaffen wir das. NGOs – da muss ich jetzt eine Lanze brechen –, gerade auch kirchliche und lokale Organisationen, können das sehr gut. NGOs arbeiten von Mensch zu Mensch und ich glaube, hierin liegt auch ein „Asset“. Insofern fände ich es denn auch ein bisschen problematisch – falls das stimmen sollte –, dass eine VN-Organisation jetzt noch stärker in den Bereich der direkten Arbeit geht. Halten wir uns doch mal an das, was wir haben und dann könnten wir ein Schrittchen weitergehen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Kreidler.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Ich wurde als erstes nach den Prozessen gefragt. Ich glaube, es gibt keine „Reset“-Taste. Wir müssen uns mit dem humanitären System, wie es derzeit ist und wie es aus vielen historischen Gründen entstanden ist – obwohl wir es sicher, wenn wir es jetzt auf dem weißen Papier zeichnen könnten, nie so entwerfen würden – noch eine Weile arrangieren. Wichtig wäre aber, dass die existierenden Organisationen stärker sachorientiert und weniger mandatsorientiert arbeiten.

Die Überlappungen in der Zuständigkeit von UNHCR und OCHA haben verschiedene meiner Kollegen und -innen erwähnt.

Im Tschad zum Beispiel gab es die völlig absurde Situation, dass es eine Wasserkoordinierung für Flüchtlinge und eine Wasserkoordinierung für Binnenvertriebene gab, völlig parallel. Beide haben natürlich genau das Gleiche diskutiert, aber weil eben UNHCR und OCHA jeweils für verschiedene Zielgruppen zuständig sind, war es sehr schwierig, dort die Prozesse etwas zu verschlanken. Ein weiterer wichtiger Punkt, betrifft die „Leadership“ – also was wir in der





Funktion der „Humanitarian Coordinators“ verankert haben – und ihre Problematik in den verschiedenen Krisen. Ich selber war zweieinhalb Jahre im Kongo und hatte zu tun mit einem „Human Communication Research Centre Deputy Special Representative of the Secretary-General“, der auch eben versucht hat – da stimme ich Herrn Koenigs zu: manche schaffen es und manche schaffen es nicht – die verschiedenen Hütten irgendwie auszutarieren. Aber wichtiger erscheint mir, dass diese Person eine wirkliche Richtlinienkompetenz gegenüber den Vertretern und Vertreterinnen der anderen VN-Agenturen braucht. Im Moment kann er oder sie nur gut zureden. Wenn die zuständigen Chefs etwa des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) oder der Weltgesundheitsorganisation oder des UNHCR nicht wollen, dann müssen sie auch nicht, sondern können weiter ihr eigenes Ding durchziehen.

Und außerdem ist es auch ein Business – „let’s be honest“ –, was heißt, es geht hier auch um Pfründen, um Marktanteile und um Posten. Es ist leider nicht überall der Fall, dass wir uns wirklich ersetzbar machen wollen. Die „Exit-Strategy“ steht zwar überall auf dem Papier, in Wirklichkeit halte ich sie aber in vielen Fällen leider für einen Mythos.

Zu der Frage, wie wir Organisationen daran hindern können, in Katastrophen – wie in Haiti – einzufallen: Ich war vor vierzehn Tagen in Haiti und habe zum Beispiel von einem Vertreter von Oxfam gehört, dass aus der Sicht der etablierten NGOs zwischen acht und neun Prozent der 10 000 dort Tätigen wirkliche – nach den Qualitätsstandards über die wir uns heute unterhalten – NGOs wären. Wir haben aber keine „Humanitäre Hilfe-Polizei“. Wir stecken auch in einem Dilemma, denke ich. Gerade die Nähe zu den USA hat ja so unglaublich viele Graswurzel-Organisationen und auch viele kirchliche Organisationen dort hingebraucht und eigentlich möchten wir ja auch diese Mobilisierung der internationalen Solidarität irgendwie abbilden, aber das steht halt im Widerspruch – manchmal oder oft – zu professioneller Qualität.

Aus meiner Sicht müssen sich die Geber auch durchringen, wirklich Wettbewerb zu fördern und auch Anträge abzulehnen. Die EU zum Beispiel hat ein Vorauswahlssystem. Beim Amt für humanitäre Hilfe der EU – ich habe sieben Jahre für dieses Amt gearbeitet – kann man nur Anträge stellen wenn man vorher eine Art Präqualifizierung, -zertifizierung durchlaufen hat. Das hilft, weil man eben Anträge von Organisationen, die diesen Stempel nicht haben, nicht bearbeiten muss.

Langfristige Unterstützung für Flüchtlinge – auch das habe ich in meinem schriftlichen Statement angesprochen. Ich denke, die Entwicklungszusammenarbeit muss hier noch viel, viel stärker in die Verantwortung genommen werden. Nach zehn oder fünfzehn Jahren ist nicht mehr humanitäre Hilfe für somalische Flüchtlinge zuständig, sondern die Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia. Die kenianische Regierung möchte das natürlich nicht, sondern will die Gelder für Kenianer und Kenianerinnen ausgeben. Das muss man, denke ich, im politischen Dialog über die Entwicklungszusammenarbeit viel, viel stärker diskutieren – auch die Rolle der nationalen Regierungen etwa bei Bildung. Anfang 2014 in der Türkei haben mir Eltern noch erklärt, die türkischen Autoritäten wollten keine syrischen Schulen zulassen. Es hing vom jeweiligen Gouverneur ab, ob in der Provinz syrische Schulen mit syrischen Curricula und syrischen Lehrern arbeiten durften, oder ob die Kinder in die türkische Schulen gehen sollten oder gar nicht in die Schule.

Und der letzte Punkt: Das Gift der zwei verschiedenen Ministerien. Sie haben auch zwei verschiedene Ausschüsse. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig und Sie für humanitäre Hilfe. In Europa zumindest hat nur das Vereinigte Königreich die humanitäre Hilfe in das Äquivalent zum BMZ integriert, in allen anderen Ländern ist im Gegenteil die Entwicklungszusammenarbeit ins Außenministerium integriert. Es gibt gute Gründe für die Ressortvereinbarung, die auf einer sehr umfangreichen Evaluierung basierte. Aus meiner



Sicht ist es ein positives Beispiel, dass die Empfehlungen umgesetzt worden sind. Auch die zivile Konfliktbearbeitung ist im Auswärtigen Amt stark präsent. Meine letzte Kernbotschaft, dass die deutsche humanitäre Hilfe vor Ort mit am Tisch sitzen muss, ist sehr viel einfacher umzusetzen, wenn wir sie beim Auswärtigen Amt belassen. Es hat deutlich mehr Personal als das BMZ, das im besten Fall mit einer einzigen Person vertreten ist, die dann sämtliche verschiedenen sektoriellen Foren und Gremien bespielen muss.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Besten Dank. Herr Gerdesmeier.

**Volker Gerdesmeier** (Deutscher Caritasverband e. V.): Dankeschön. Ich möchte etwas sagen zum Thema Evaluierung. Aus unserer Sicht sollte diese sehr gerne auch mit unabhängigen externen Evaluierern stattfinden. Wir halten es aber für wichtig, sie eben als Lernevaluierung durchzuführen, gemeinsam mit den Organisationen vor Ort behindernde Faktoren zu analysieren und die dann eben auch hochspielen.

Wir sprechen oft davon, dass das System lernen muss. Konkret ist ein wichtiges Kriterium der neue „Core Humanitarian Standard on Quality and Accountability“, die Rechenschaftspflicht gegenüber den Empfängern der Hilfe. Das halten wir für sinnvoll. Wir versuchen auch gerade bei uns zu evaluieren, inwieweit wir das schon hinreichend erfüllen. Wir müssen aber auch sagen, dass wir die Erwartung – eben partizipativ mit den Betroffenen zu planen – dann nicht umsetzen können, wenn wir nicht wissen, ob ein Projekt kommt und wann. Wir können nicht bei den Menschen Erwartungen wecken und sie dann hängen lassen. Auch insofern, denken wir, ist die Evaluierung ein extrem wichtiges Instrument. Man muss sich das ganze System, die ganze Kette des Systems anschauen – aber selbstverständlich gerne auch ein externer Blick auf die Schwächen der Arbeit vor Ort.

Ein Thema noch: zivile Konfliktbearbeitung. Eine ganz zentrale Evaluierung war seinerzeit die schon erwähnte Ruanda-Evaluierung 1996 von Danida, die heute – traurigerweise – immer noch

lesenswert ist. Extrem wichtig war, dass eben in einer Studie die Qualität der humanitären Hilfe untersucht wurde, in den anderen Studien aber das gesamte politische Projekt und das Verhalten aller Akteure in dieser Krise – auch politisch, auch die Frage, inwiefern Frühwarnung, frühe Intervention den Völkermord noch hätte stoppen können. So ist eine Art Gesamtschau der Reaktionen auf eine massive humanitäre Krise entstanden. Ich denke, das sollten wir öfter tun und dann gut analysieren. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Füllkrug-Weitzel.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Vielen Dank. Zum Thema Evaluierung nur noch als Ergänzung oder als Hervorhebung: Wenn es externe Evaluierungen gibt – etwa durch das AA oder durch VN-Organisationen – dann müssen sie aus meiner Sicht im Wesentlichen nicht das, was die Organisationen ursprünglich selber angestrebt haben zum Maßstab nehmen, sondern die vorgegebenen internationalen Standards: Sind die humanitären Prinzipien berücksichtigt? Sind die „Sphere-Standards“ berücksichtigt? Sind die „Do-no-harm“-Prinzipien berücksichtigt? Es gibt klare Standards oder Vorgaben, wie etwa Frauen vor sexuellen Übergriffen in Lagern zu beschützen sind. Genau diese Standards müssen überprüft werden. Kennen die Organisationen sie und haben sie sie ordentlich umgesetzt? Ich denke, das ist das Entscheidende.

Zweitens: Lokale Akteurinnen und Akteure wahrnehmen. Es geht um einen fundamentalen Paradigmenwechsel, nicht darum, dass die VN jetzt lokale Akteure als Umsetzer entdecken. Es geht nicht etwa darum, dass eine Hilfsorganisation aus dem Norden lokale Akteure als Umsetzer für ihre eigenen Pläne instrumentalisiert, sondern es geht darum, wer eigentlich das Heft des Handelns in der Hand hat. Es ist nicht so, dass wir denen erzählen müssten, was sie tun sollen und wie sie es machen sollen.

Haiti ist ein Extremfall. Es gibt natürlich auch Fälle wie Haiti, wo aufgrund einer langen, langen



Phase der Destabilisierung und der Konflikte keine entwickelte Zivilgesellschaft existiert. Aber es gibt erheblich mehr Länder, in denen es eine funktionierende Zivilgesellschaft und auch lokale Akteure gibt, die mit der nötigen finanziellen Unterstützung ihre Kapazitäten ausbauen könnten, um die lokale Bevölkerung auf Katastrophen vorzubereiten, ein eigenes „Risk-Assessment“ zu machen, eigene Frühwarnsysteme zu entwickeln, die „Communities“ zu stärken, mit ihnen zu arbeiten, ihre Selbsthilfefähigkeit auch in Konflikten wirksam zu halten.

Es ist für mich ganz entscheidend, die Selbstwirksamkeit der lokalen Akteure und der Bevölkerung zu erhalten. Das ist alles möglich, wir haben es auch seit vielen Jahren im Fokus, tun es in vielen Projekten, machen es gemeinsam in unserer „Act Alliance“. Es wird aber faktisch ganz selten extern finanziert. Wir können es tun, weil wir Spendenmittel haben. Wenn man unter dem Gesichtspunkt der Priorisierung über den Einsatz öffentlicher Mittel nachdenkt und weiß, wie viel man an – sonst explodierenden – Kosten vermeiden könnte, wenn eine Bevölkerung nicht unvorbereitet in eine Situation gerät, dann, denke ich, weiß man, dass es eigentlich sinnvoll wäre, hier Prioritäten zu setzen.

Lokale Akteure müssen also unterstützt werden, ihre Kapazitäten müssen ausgebaut werden, sie müssen überhaupt einmal ordentlich wahrgenommen, ins Zentrum gerückt werden. Sie müssen wahrgenommen werden von den VN. Sie müssen in die Cluster eingeladen werden. Dazu muss in den Clustern die Sprache, die sie sprechen - das ist nicht immer Englisch - gesprochen oder in sie übersetzt werden. Dazu gäbe es viel im Detail zu sagen, das wir auch schon mit der „Act Alliance“ in die Vorbereitung des Humanitären Weltgipfels eingebracht und auch in der europäischen Vorversammlung in Budapest thematisiert haben.

Ich möchte Ihnen noch einmal mein Lieblingsbeispiel geben, weil ich glaube, dass es das ganze Thema auf einen Blick zeigt. Das konnte ich auch vielen Menschen, die gerne helfen wollten, immer wieder sagen. Als die erste Flut an

der Elbe stattfand – die Diakonie Katastrophenhilfe hat ja auch ein Mandat in Deutschland – hat uns unser mosambikanischer Partner angerufen, den wir lange geschult und dann auch in der konkreten Situation der Flut unterstützt hatten, und uns gesagt, er könnte uns 40 Fluthelfer schicken. Jetzt lachen alle – ich auch. Es ist einerseits toll – das finden wir auch alle –, andererseits lachen alle. Hätte ich in Dresden gefragt, ob sie vielleicht gerne 40 Mosambikaner als Helfer haben wollten, hätten alle gesagt: Was soll das denn? Keine Kenntnisse der Sprache, des Kontextes, der Kultur – keine Kompetenzvermutung. Weil natürlich ganz klar ist: Am besten geht es, wenn die eigene Gesellschaft selbsthilfefähig ist und dazu die angemessene Zahl an humanitären Akteuren hat. Das vorzubereiten und darauf umzustellen, scheint mir entscheidend. Denn die humanitäre Hilfe ist, wenn man sie mit der Arbeit im Menschenrechtsbereich, mit Entwicklungshilfe und so weiter vergleicht, sozusagen die letzte Bastion, wo das gesamte Gewicht und das Handeln völlig in den Händen der Internationalen liegt und wo auch das meiste Geld an Internationale fließt. Das ist meiner Meinung nach ein falsches Paradigma, mit dem - denke ich - der Humanitäre Weltgipfel sich beschäftigen wird. Aber: Wenn wir – wie gesagt – von der Stärkung und der Einbeziehung lokaler Akteure reden, dann reden wir nicht von deren Instrumentalisierung für die Pläne von internationalen Organisationen, sondern wir reden davon, dass sie die eigenen Prioritäten und Bedarfe mit der Bevölkerung erarbeiten und dann auch umsetzen dürfen.

Drittens: Die Frage der Kohärenz. Ich habe es so formuliert, dass Entwicklungshilfe, Friedensarbeit, humanitäre Hilfe komplementär sind und so vorgehen müssen, dass sie einander nicht schaden und die jeweilige Arbeit nicht untergraben. „Do-no-harm“ sollte also für humanitäre Hilfe nicht nur mit Blick auf Konfliktentschärfung bzw. Friedensförderung gelten, sondern man müsste auch konsequent ihre Entwicklungsverträglichkeit überprüfen – keine Zerstörung lokaler Märkte et cetera. Wenn das schon gegeben wäre, dann wären wir einen Riesenschritt weiter.



Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit folgen verschiedenen Prinzipien. Wir haben ja sowohl Brot für die Welt als auch die Diakonie Katastrophenhilfe im selben Haus, aber halten diese Instrumente bewusst ein Stück weit getrennt. Ihre Tätigkeiten greifen ineinander, aber sie folgen verschiedenen Prinzipien und das darf man auch nicht vermengen. Das führt immer wieder zu Debatten. Es muss aber auch die klar erkennbare Möglichkeit geben, nach unterschiedlichen Prinzipien zu arbeiten: Zu den Prinzipien der humanitären Hilfe gehört die Neutralität, gehört die Unabhängigkeit, nicht jedoch zu den Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit. Man muss klar im Kopf haben, wie sie ineinander spielen können.

Es wäre auch sehr schön, wenn man eine Verständigung zwischen BMZ und AA über kontinuierliche Förderung hätte. Ich weiß wie schwierig das ist – die Debatte haben wir auch im eigenen Haus: Die Humanitären planen ihre Sachen und die Entwicklungsleute planen ihre Sachen. Das AA gibt Geld in ein Projekt – Volker Gerdesmeier hat unser gemeinsames Projekt im Südsudan angesprochen –, es gibt Geld für diese drei hochrelevanten Monate im Ort X. Dann kommt das BMZ und gibt nach vier oder nach sechs Monaten, wo gar nichts war, wo die Leute und die lokalen Akteure wieder ohne irgendwelche Betätigungsmöglichkeiten durchgegangen haben, Geld am Ort Y für das nächste Jahr. Da fragt man sich doch tatsächlich, warum es nicht möglich ist, so viel Abstimmung herzustellen, dass diejenigen, mit denen man angefangen hat zu arbeiten, die man unterstützt seit einer akuten Krise, die für die Zukunft Pläne entwickelt haben, nahtlos weitergefördert werden, statt derjenigen aus dem nächsten Dorf. Das ist jetzt übertrieben, macht aber das Problem noch einmal deutlich.

Was die möglichen Konflikte betrifft zwischen humanitärer Hilfe und Menschenrechten – wir sind da ja grundsätzlich nicht einig bei Podiumsdiskussionen –, möchte ich noch einmal auch auf das Statement von Ute Finckh-Krämer zurückkommen. Im Falle der Ukraine finde ich es extrem schwierig, humanitäre Hilfe politisch zu

konditionieren. Damit wäre das Thema Unabhängigkeit und Neutralität erledigt.

Was die integrierten Missionen betrifft, möchte ich Sie darauf hinweisen – ich habe überlegt, ob ich das länger zitiere, habe es dann aber nicht gemacht –, dass es einen „Review of the impact of UN integration on humanitarian action“ des „Inter-Agency Standing Committee“ gibt, den zu lesen sich wirklich lohnt. Es wird darin darauf hingewiesen, dass massivste Schwierigkeiten dadurch entstehen, dass humanitäre Hilfe mit „Peacekeeping Operations“ oder „Special Political Missions“ zu eng verknüpft wird, ohne – man kann das ja tun – dass allen Beteiligten vorher deutlich ist, nach welcher unterschiedlichen Prinzipien beide arbeiten. Diese Prinzipien müssen berücksichtigt und geachtet werden. „Quick Impact Projects“, die von „Peacekeeping Operations“ oder „Special Political Missions“ implementiert werden, stehen sonst im direkten Gegensatz zu dem, was mittel- und längerfristig die humanitäre Hilfe an diesem Orten versucht hat.

Das Problem hatten wir übrigens auch in Deutschland einmal, als der damalige Außenminister Joschka Fischer die humanitären Organisationen zusammengerufen und aufgefordert hat, in Serbien humanitäre Hilfe nur noch an Kommunen zu geben, die sich gegen Milošević gestellt hatten, um so gemeinsam einen „Push“ auszulösen. Das hat zu vielen fatalen Konsequenzen geführt. Es passiert eben auch, dass plötzlich gesagt wird – je nachdem wer da die Koordination hat: Wenn es die humanitäre Hilfe nicht tut, müssen wir jetzt dafür sorgen, dass ganz viel Hilfe in bestimmte Zonen geht, damit diese stabilisiert werden. Das folgt einer gewissen politischen Logik, die ich sehr gut nachvollziehen kann. Die humanitäre Hilfe wurde dann aber abgezogen von den Regionen, wo der Bedarf am höchsten war. Das heißt, es bedarf wirklich sehr detailgenauer Absprachen, damit alle sich klar sind über ihre Rollen und Mandate. Dann geht das. Ich sage nicht, dass es nicht geht, aber dessen muss man sich bewusst sein.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen



Dank. Wir starten jetzt mit dem direkten Frage-Antwort-Spiel, in dem als erstes der Kollege Kampeter zu Wort kommt, auf den Sie bitte direkt antworten. Dann gehen wir in der Reihenfolge der Wortmeldungen weiter.

Abg. **Steffen Kampeter** (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Strohmeier und an Frau Füllkrug-Weitzel, um den für mich zumindest fühlbaren Konflikt noch etwas klarer zu machen. Wenn ich mir Ihre beiden Stellungnahmen ansehe, so gibt es da ja Differenzen: Sie als Träger der multilateralen Hilfe wollen wie der Bericht des VN-Generalsekretärs letztendlich eine stärkere Politisierung, Exit-Strategie, einen umfassenderen Ansatz und so weiter. Dann schütteln die ersten Gutachter den Kopf und sagen, die VN dürfe jetzt nicht die lokalen Akteure und die NGOs vereinnahmen, dann schlagen das bilaterale Herz und das Projekträgerherz. Frau Füllkrug-Weitzel führt das in ihrer Stellungnahme ja auch aus, indem sie sagt, die humanitäre Hilfe dürfe nicht politisiert werden - das Beispiel von Fischer, dass sie gerade vorgetragen hat. Die VN sagen letztendlich genau das Gegenteil: Ohne eine ernsthafte Exit-Strategie ist humanitäre Hilfe, keine humanitäre Hilfe. Ich würde das dann als dauerhafte Staats- oder Sozialfinanzierung und Transferleistung bewerten. Wenn Sie diesen Konflikt noch ein bisschen kontroverser austragen würden, würde mir das helfen, ihn besser zu verstehen und auch möglicherweise politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Der Konflikt ist aus meiner Sicht nicht ganz so groß, wie Sie ihn vielleicht wahrgenommen haben. Auch ich bin die erste – ich habe ja, wie gesagt, verschiedene Mandate in meinem Haus – , die sich für eine Umkehr des Denkens ausspricht. Wir müssen stärker bei den Ursachen ansetzen und trotzdem müssen wir humanitäre Hilfe leisten. Aber wir müssen den Fokus noch mehr auf Konfliktprävention, auf friedliche Konfliktbearbeitung, auf diplomatische Arbeit, auf dieses ganze Spektrum setzen. Das ist für mich kein Widerspruch, sondern das ist komplementär.

Das ist das, was ich auch zuletzt noch einmal versucht habe zu sagen. Man muss bei alledem darauf achten, dass man die Mandate nicht miteinander in Konflikt bringt, dass sie sich nicht gegenseitig behindern oder kontradiktorisch sind. Das kann man tun, aber man muss ein bisschen Hirnschmalz darauf verwenden. Was auf keinen Fall geht – ich weiß nicht, ob Herr Strohmeier das auch sagen würde, aber das ist unser Standpunkt: Humanitäre Hilfe darf nicht politisch konditioniert werden, definitiv nicht. Wir erhalten Zugang zu bestimmten Regionen, genauer gesagt: unsere Partner erhalten Zugang zu bestimmten Regionen nur dadurch, dass wir uns politisch neutral verhalten. Wir lassen uns nicht in innenpolitische, nationale Konflikte – im genannten Fall in Serbien – hineinziehen. Nur so gewinnen wir die nötige Akzeptanz. Ich wiederhole mein Beispiel immer wieder gerne: Das Statement von Herrn Fischer hat mich bei meinem nächsten Besuch immerhin direkt in ein serbisches Gefängnis geführt. So etwas bedroht wirklich auch die Helfer.

Dr. **Hansjoerg Strohmeier** (OCHA): Auch ich glaube nicht, dass die Unterschiede so groß sind. Vielleicht drei oder vier Punkte:

Zunächst: Wir müssen vorsichtig sein, was wir mit Politisierung meinen. Humanitäre Hilfe findet nicht im politikfreien Raum statt. Wenn – ich habe die Zahl ganz am Anfang genannt – 80 Prozent der Finanzmittel in den fünf größten, sichtbarsten Krisen bereitgestellt werden, hat das natürlich auch etwas mit Politik und politischem Interesse zu tun. Dennoch ist ganz klar, dass keine politische Konditionierung von humanitärer Hilfe stattfinden darf. Humanitäre Hilfe muss vom Bedarf und von der Notwendigkeit getrieben werden. Der Bericht des Generalsekretärs macht ganz klar, dass es in Situationen wie in Aleppo, wie in Sarajewo, wie in Bangui, wie in Aden und in vielen anderen natürlich nur auf humanitäre Hilfe ankommt. Da können wir nicht ernsthaft darüber reden, ob wir da langfristig Entwicklungsparameter verschieben. Da kommt es auf Zugang an und Zugang hat etwas damit zu tun, wie man sich präsentiert, das heißt mit der Perception von Unabhängigkeit und Neutralität, und deswegen muss man sich je nach Situation



anders aufstellen.

Und das ist mein Hauptpunkt: Ich glaube, dass man diese Frage nicht abstrakt beantworten kann, sondern nur im konkreten Fall. Mit Blick auf Aden und Homs und Aleppo und so weiter stimmen wir, glaube ich, alle überein. Aber wir haben eben auch im Sahel eine Situation, wo wir ganz langfristig operieren müssen. Wo es beides gibt – die Notwendigkeit für strukturelle Hilfe, aber auch die Notwendigkeit für kurzzeitige Hilfe. Jeden Tag – jeden Tag, nicht jede Woche oder jeden Monat – jeden Tag sterben 25 000 Kinder unter fünf Jahren an Nahrungsmittelmangel oder an Krankheiten, die indirekt damit zu tun haben. Natürlich kann man das nicht nur mit Nahrungsmittelhilfe bekämpfen, sondern allein mit langfristiger Unterstützung. Da müssen Märkte geschaffen werden, da müssen Infrastrukturprojekte geschaffen und Politikansätze geändert werden. Worum es mir geht, ist der Blick auf den jeweiligen Kontext. Worum geht es da? Wo kann man lokale Akteure stärken, wo muss man vorsichtig sein? Der lokale Akteur ist nicht überall gleich, der ist manchmal auch politisiert. Aber wo man sich koordinieren kann, muss man das machen und muss man das besser machen. Wo man entwicklungspolitisch, wo man langfristig arbeitet, muss man gemeinsame Zielsetzungen erarbeiten – über fünf Jahre etwa, wo man vielleicht mit unterschiedlichen Methoden und unterschiedlichen Programmen arbeitet, aber in Richtung auf ein ähnliches Ziel, das etwas koordinierter ist.

Um zuletzt ein oder zwei Beispiele zu nennen: Cholera – Haiti haben wir jetzt schon ein paar Mal beschrieben. Cholera – so lange viele humanitäre Organisationen vor Ort waren, floss Geld. Die Humanitären haben Cholera „gemacht“ und haben gesagt, dass es natürlich ein langfristiges Problem sei, das mit Wasseraufbereitung und so weiter zu tun habe. Dann geht das humanitäre Engagement ein bisschen zurück, es ist kein Geld mehr da, Cholera „findet nicht mehr statt“, Cholera breitet sich folglich wieder aus, die humanitären Akteure kommen zurück, tun wieder etwas gegen Cholera und das geht dann immer so weiter. Das ist Unsinn, das ist wirklicher Unsinn, das ist

unverantwortlich und das hilft auch den Leuten nicht. Das verringert nicht den Bedarf, das ist nicht effizient und das kann man anders machen. Da muss man sich Drei- oder Fünf-Jahres-Ziele – Erfolge kann man nicht innerhalb eines Jahres erzielen – setzen, bei deren Umsetzung verschiedene Akteure zusammenarbeiten. Das ist der Punkt.

Nahrungsmittelsicherheit – genau das gleiche: Nahrungsmittelsicherheit kann ich nicht innerhalb eines Jahres verbessern. Man muss den Leuten, die heute Nahrungsbedürfnisse haben, ermöglichen, mit Cash – also mit Geld, wie man das modernerweise macht – in Märkten einzukaufen. Man muss also Märkte stärken und Nahrungsmittel einführen, wo das notwendig ist, aber man muss natürlich zur gleichen Zeit längerfristige Maßnahmen planen. Das kann man nur machen, indem alle Beteiligten zu ähnlichen gemeinsamen Zielsetzungen langfristig arbeiten.

Das andere Beispiel, das der Flüchtlinge, habe ich schon vorhin benannt. Und das ist mein letzter Punkt. Wir haben über Effizienz gesprochen und die Diskussion konzentriert sich dabei – zu Recht – auf die fünf Agenturen, die hier vertreten sind. Es gibt auch viele Sachen, die sich verbessern können, verbessern müssen. Das haben wir, glaube ich, selbstkritisch gesagt. Aber Effizienz ist nicht nur Sache der Agenturen, sondern auch eine Sache der Geber. Und so lange die Geberlandschaft auch ein Öko-System ist, das ganz unterschiedlichen Imperativen folgt und zur erheblichen Fragmentierung und „Projektisierung“ der internationalen Hilfe beiträgt, werden wir keine Kohärenz in der Arbeit der Agenturen finden. Wenn wir also Kohärenz bei den Agenturen erzielen wollen, müssen wir auch auf Geberseite ähnliche Kohärenz erzielen. Das heißt, dass Geber zu ähnlichen Zielen beitragen müssen. Das heißt, dass die Ziele, die sich Agenturen möglicherweise in Absprache mit Regierungen setzen, wo das akzeptabel ist, dann aber auch von den Gebern unterstützt werden müssen, nicht unbedingt mit mehr Mitteln, aber mit dem, was sie haben. Nehmen wir das Beispiel des Irak. Ein sehr gutes Beispiel – es wurde alles gemacht, was Geber für zehn Jahre verlangt haben. Das Ende vom Lied war: Es gab nicht einen



Pfennig mehr. Der Koordinator ist hinter dem Geld hergerannt – kurzfristig wie langfristig – und selbst jetzt geht es nur ganz langsam vorwärts. Das ist die Realität.

Deswegen ist die Antwort auf Ihre Frage: Es kommt auf den Kontext an. Man darf keine abstrakte Unterhaltung über Prinzipien und Politisierung führen, sondern man muss fragen: Was sind die Bedürfnisse im konkreten Fall, was ist machbar mit Regierung und lokalen Akteuren? Wo muss man vorsichtig sein, wo ist die Situation so, dass man über Entwicklungshilfe sprechen kann, und wo nicht? Und wie können die internationalen und lokalen Helfer – und das schließt die Geber mit ein – dabei kohärent gemäß gemeinsamen Zielen über längerfristige Zeiträume zusammenarbeiten. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Als nächster hat das Wort Herr Dr. Diaby.

Abg. Dr. **Karamba Diaby** (SPD): Was mich umtreibt, ist das Thema Bildung in Zusammenhang mit humanitärer Hilfe. Gestern haben wir am Brandenburger Tor an der Eröffnung einer Aktion zum Thema „Weltklasse! Zuflucht Bildung“ teilgenommen. Dabei waren unter anderem die Kindernothilfe und viele andere NGOs. Ich habe die Zahlen dort zum ersten Mal gehört, wie ich zugeben muss: Lediglich zwei Prozent der Mittel, die für humanitäre Hilfe eingesetzt werden, fließen in den Bereich Bildung. Frau Kreidler, Sie haben in ihrer Stellungnahme auf Seite sieben das Thema ganz kurz angeschnitten und das positive Beispiel der skandinavischen Länder erwähnt.

Ich bin überzeugt davon, wenn man – nur als Beispiel – die Situation in den Ländern Libanon oder Jordanien nimmt: Würden die Kinder, die hunderttausende Kinder, die momentan dort leben, nicht an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, was muss man sich vorstellen, würde in fünfzehn Jahren aus diesen Kindern werden? Dies nur, um es bildlich darzustellen. Deshalb bin ich der Meinung, dass man die Kombination humanitäre Hilfe und Bildung immer wieder in den Fokus rücken soll. Ich sitze im Bildungsausschuss und

versuche beide Themen miteinander zu verbinden. Meine konkrete Frage an Sie, Frau Kreidler, lautet: Wie können die Forderungen an die Politik in dieser Richtung aussehen? Wenn Sie das vielleicht noch formulieren könnten? Das würde mich interessieren.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Ja, das kann ich gerne machen. Es gibt da gerade für den Mittleren Osten die große Initiative „No-Lost-Generation“. Es tritt ganz deutlich zu Tage, dass – wenn man jetzt nicht aufpasst – es tatsächlich eine ganze Generation syrischer Kinder geben wird, die nicht in die Schule gegangen sind. Das ist ein Beispiel, wo ich die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien sehr loben kann.

Ich bin für die KfW im Libanon unterwegs gewesen, um zu gucken, wie eine mögliche Finanzierung – 10 Millionen Euro – aus dem BMZ genutzt werden kann, um über drei Jahre Bildung für syrische Flüchtlingskinder im Libanon zu unterstützen. Damit sollte aufgegriffen werden, was vorher das AA schon finanziert hatte, nämlich informelle Bildungsangebote. Die wichtigste Veränderung in der Zwischenzeit war aber, dass das libanesische Bildungsministerium ein Interesse daran entwickelt hatte, dass die syrischen Kinder in die Schule gehen. Zu Anfang der Krise war das ein Tabuthema und das libanesische Bildungsministerium war sehr glücklich darüber, dass sich ein paar NGOs um die Kinder kümmerten, aber es war überhaupt keine Frage, dass sie in libanesische Schulen gehen sollten. Erst mit diesem Politikwechsel auf libanesischer Seite war es dann möglich, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit aus dem BMZ über die KfW dafür zu nutzen. Deswegen muss das in den Politikdialog aufgenommen und nationale Regierungen, die Flüchtlinge aufnehmen, müssen ganz klar in diese Richtung „gepusht“ werden. Es muss also gesagt werden: „Wir sind bereit, das zu finanzieren, aber ihr müsst euer Bildungssystem für diese Flüchtlingskinder öffnen.“

Ich würde gerne an dieser Stelle auch noch wiederholen, dass im Moment leider die ganzen



positiven Initiativen, sich primär auf Bildung zu konzentrieren, aufhören, sobald die Kinder zwölf, vierzehn sind. Dabei haben gerade Jugendliche – ob sie im Lager leben oder außerhalb – kaum Zugang zu beruflicher Bildung oder ähnliche Perspektiven. Ich will jetzt keine Lanze dafür brechen, sie auf die Uni zu schicken, aber man muss sich noch stärker um die Zielgruppe der Fünfzehn- bis Einundzwanzig-Jährigen kümmern. Denn das sind auch diejenigen, die radikalisiert werden können, die manipuliert werden können und es sind auch diejenigen, die sich ins Schlauchboot setzen und nach Griechenland übersetzen. Hier besteht also noch ein grauer Fleck – kein weißer mehr, aber ein grauer Fleck – auf der Hilfslandkarte, der gefüllt werden sollte.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Ein Satz dazu, wenn ich darf. Das ist auch – ich habe es im Statement geschrieben – von Bedeutung für die Frage: Wo werden eigentlich Camps gebaut? Die Bildungsanstrengungen in Camps zu verstärken, heißt, Angebote zu schaffen. Aber ich habe mindestens zwei Camps in meinem Leben besucht, wo die Eltern gesagt haben, sie wollten nicht zurück, obwohl sie hätten zurückkehren können und sollen, weil sie wollten, dass die Kinder hier die Schulausbildung beenden, denn wo sie zu Hause seien, gäbe es keine. Deswegen würde ich sagen, man sollte die Camps tatsächlich so bauen, dass die Leute in die lokalen „Communities“ integriert werden können, dass man also von vornherein darauf setzt, dass sie dort integriert werden. Man hilft dafür, in der Gastcommunity das Bildungssystem auszubauen. Dann können sie dort so lange bleiben und wenn sie gehen, hat die Gastcommunity etwas davon und die Hilfsorganisationen müssen nicht wieder ihre Zelte einrollen und die ganze Infrastruktur entsorgen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Kollegin Höger.

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Auch ich danke für die doch sehr interessanten Ausführungen und auch die Stellungnahmen.

Ich möchte noch einmal auf eine Grundsatzfrage zurückkommen. Gerade Herr Gerdesmeier und auch Frau Füllkrug-Weitzel haben in ihren Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass es äußerst wichtig wäre, zu politischen Lösungen von Konflikten zu kommen, dass es aber an ziviler Konfliktbearbeitung fehlt und stattdessen oft zu militärischen Lösungen gegriffen wird, womit eigentlich erst Flüchtlingsströme produziert werden. Gerade westliche Staaten haben viel Verantwortung für die Zunahme von Konflikten und auch von Kriegen. Das wird häufig vergessen. Daher würde ich gerne von Ihnen beiden wissen, was für Anforderungen Sie an die Politik – natürlich auch an die Bundesregierung – stellen. Letztendlich können wir das im Ausschuss natürlich auch nicht ändern, sondern auch nur weitergeben.

Und noch einmal zu Herrn Strohmeier: Sie haben auch noch einmal auf die immense Zunahme des Bedarfs an humanitärer Hilfe hingewiesen. Das hängt ja mit den Konflikten, die ich gerade angesprochen habe, zusammen. So lebt die Hälfte aller Flüchtlinge in nur sieben Gastländern, häufig sehr arme Länder, die am wenigsten in der Lage sind, Hilfe zur Verfügung zu stellen. Alle haben jetzt gedankt, dass die Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung gestellt hat, ...

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Der Bundestag!

Abg. **Inge Höger** (DIE LINKE.): Der Bundestag, stimmt, für humanitäre Hilfe schon, für den Gesamthaushalt nicht, aber das ist jetzt nicht das Thema. Meine Frage ist: Die letzte Geberkonferenz für Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei hat zwar wieder viele Zusagen gebracht, aber wir hören hinterher häufig, dass diese Zusagen nicht eingelöst werden. Was sind Ihre Ideen, wie man das verändern kann?

**Volker Gerdesmeier** (Deutscher Caritasverband e. V.): Vielen Dank für die Frage.

Ich würde gerne ein Beispiel nennen, das uns sehr beschäftigt hat: Die NATO-Intervention in Libyen 2011, das heißt, die Art, wie die VN-Resolution





ausgelegt wurde und wie zum Beispiel Frankreich und die USA sich sehr früh in diesem Konflikt auf einem Regimewechsel festgelegt haben. Die hat aus unserer Sicht alle Akteure aller Möglichkeiten beraubt, in irgendeiner Form zu einer Machtteilung und zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Die Afrikanische Union hätte – soweit wir das beurteilen können – Chancen gehabt, in irgendeiner Form zu vermitteln. Das wurde aber weggewischt durch die NATO-Intervention – die deutsche Position, sich zumindest zu enthalten, hat uns damals daher extrem gefreut und wir haben die ganze Debatte darüber nicht nachvollziehen können. Es war eigentlich eine Katastrophe mit Ansage. Was wir heute haben, ist auf jeden Fall schlechter als das was vorher da war.

Die Fluchtbewegung war massiv – man spricht von mehreren Millionen Arbeitsmigranten aus Ägypten, Maghreb und Afrika südlich der Sahara, die fliehen mussten. Gerade Afrikaner aus den Sahel-Staaten wurden – sehr oft völlig zu Unrecht – mit dem alten Regime assoziiert. Es gab Söldner, es gab auch Soldaten in Diensten des alten Regimes, aber das wurde völlig zu Unrecht in rassistischer Form auf alle übertragen. So kam es zu schlimmen Ausschreitungen und in der Folge zu massiven Fluchtbewegungen zurück in den Sahel. Das hat ganz klar die Krise in Mali verschärft. Es waren ganz sicher auch interne Gründe für die Implosion des Landes Mali, aber die Rückkehr der bewaffneten Tuareg aus Libyen hat eindeutig die große Krise mit ausgelöst, die uns bis heute massiv beschäftigt. Es sind Waffen in den ganzen Sahel geflossen – wir haben seit Jahrzehnten erlebt, wie Waffen zwischen Libyen, dem Tschad, der ZAR, dem Sudan und anderen Ländern hin- und herwandern. Auch die anderen Länder im Sahel sind hoch fragil. Der Tschad etwa ist ein hoch fragiles Land und wir müssen befürchten, dass auch da Gewalt und Konflikte eskalieren. Es gab also massive Auswirkungen im ganzen Sahel. Der Grund ist die Art, in der die Krise in Libyen politisch angegangen wurde und wir denken, dass man darauf sehr viel stärker den Blick richten muss.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Da kann ich

nur noch wenige Worte anschließen. Wenn man in der humanitären Hilfe tatsächlich präventiv arbeiten will, dann muss es einen massiven Vorrang für ziviles Handeln geben, der sich auch in den Strukturen niederschlagen muss. Das heißt, es muss interministerielle Arbeitsgruppen nicht nur auf Stabsebene, sondern mindestens auf Staatssekretärebene geben, damit man tatsächlich durch alle Politikfelder hindurch konsistent überlegen kann was das in konkreten, sich entwickelnden Konflikten bedeutet und was man tun kann.

Wir haben ein großes diplomatisches Corps, das sicher in der Lage ist, sich entwickelnde Konflikte systematisch zu erkennen und zu melden. Wir haben unendlich viele Entwicklungshelfer. Ich denke, wenn sie ihr Wissen zusammen führen würden, würde man – auch im Vorfeld – deutlich mehr tun können. Das heißt aber auch, nicht den medialen Opportunitäten hinterherzurrennen, sondern vielleicht auch einmal an der Spitze zu laufen und nicht zu warten.

Um das Stichwort noch einmal zu platzieren, auch wenn es nichts mit der Frage zu tun hat: Im Falle des „El Niño“, wo jetzt der Westen Afrikas erkennbar in eine Krise hineinläuft, hieße das, nicht zu warten, bis die Bundeskanzlerin zufällig wieder einmal da hinfährt und irgendwelche spektakulären Bilder kommen, sondern jetzt darüber nachzudenken, also präventiv tätig zu werden – politisch, aber auch im Blick auf Naturkatastrophen.

Wieder zurück zum Humanitären: Es heißt also, langfristig vorzuschauen und langfristig dranzubleiben. Im Blick auf die Geberkonferenzen – auf alle Geberkonferenzen -, wäre das Stichwort „Walk the talk“ – das heißt, tun, was man verspricht. Dafür ist der Bundestag meiner Meinung nach in hervorragender Weise geeignet. Er hat das Mandat, die Regierung an dem zu messen, was sie gesagt und wie sie es umgesetzt hat, das Gesagte einzufordern, immer wieder darauf hinzuweisen, was eigentlich von den Versprechungen übrig geblieben ist und damit Deutschland unter den internationalen Gebern zu einer Marke für Verlässlichkeit und für einen



langen Atem zu machen.

Dr. **Hansjoerg Strohmeier** (OCHA): Zu der Frage nach dem Ablauf der Londoner Konferenz: Es hat in den letzten Tagen Gespräche gegeben zwischen London, Berlin und dem Generalsekretär über eine gezielte Briefaktion, mit der Länder angeschrieben werden, um an die Außenstände zu erinnern – keine Mahnung, aber ein Appell an das Gewissen. Es geht natürlich um eine Rekordsumme, ich glaube 12,3 Milliarden. Deutschland hat da mit einem großen Betrag – über zwei Milliarden, glaube ich – eine Vorreiterrolle gespielt. Andere waren auch großzügig, aber das ist etwas, das wir immer wieder sehen. Bei diesen großen „Pledging“-Konferenzen ist es ein bisschen wie bei Spendenaktionen im ZDF oder in der ARD zu Weihnachten. Es ist leicht anzurufen, aber dann.... Das sehen wir eigentlich immer wieder: Es heißt dann, im Endeffekt würden schon 60 oder 70 Prozent der Mittel fließen, allerdings über ein gesamtes Jahr. Das Problem ist aber, dass man das Geld eben nicht im Dezember braucht, sondern im Januar – und nicht im darauffolgenden Januar, sondern am Anfang des Jahres. Dadurch entstehen genau diese Diskrepanzen. Man muss Leute entlassen, man kann Projekte nicht durchführen. Das Welternährungsprogramm weist immer wieder darauf hin. Sie nennen das „Pipeline-Bruch“: man muss über Monate immer wieder die gleichen Produkte auf dem Markt kaufen und dann bricht so eine „Pipeline“, weil das Geld nicht da ist. In der Folge kann der Marktpreis nach oben gehen oder die Beschaffung aus anderen Gründen schwierig werden.

Wenn ich noch zwei Sachen zusätzlich dazu sagen darf: Auf der Londoner Konferenz ging es nicht nur um Geld, sondern auch um Strukturen – das war das Besondere dieser Konferenz. Vor allem die Ko-Organisatoren – Großbritannien, Norwegen, Deutschland – drängten darauf, die Politikansätze zu ändern, das heißt, Flüchtlinge nicht nur – das ist vielleicht der falsche Ausdruck, aber Sie wissen, was ich meine – als totes, amorphes Kapital zu behandeln, sondern zu gucken, was etwa auf dem Arbeitsmarkt, was mit Freizügigkeit gemacht werden, wie man das von

außen stimulieren kann.

Die Weltbank hat etwa ein Projekt mit Unterstützung Großbritanniens und anderer gestartet, mit dem sie auf einen Verzicht auf Handelsbeschränkungen hinwirkt. Dadurch sollen Jordanien und Libanon unterstützt werden, so dass auf diese Weise ein Bruttosozialproduktzuwachs erreicht wird, der dann beiden Ländern zugutekommt. Es gibt also eine Menge Ansätze.

Der letzte Punkt: Was zeigt uns das hier in Deutschland und anderswo? Es ist wichtig, hier und vor der Öffentlichkeit zu sagen, dass diese Probleme keine kurzfristigen Probleme sind. Wir befinden uns in einer Situation, wo globale Mobilität – „human mobility“, menschliche Mobilität – in einem Ausmaße stattfindet, wie wir sie in Jahrzehnten nicht gesehen haben, verursacht nicht nur durch Krieg, sondern auch durch die Auswirkungen des Klimawandels. Man muss sich vor Augen halten, dass Migration häufig die Folge davon ist, dass manche Länder seit Jahren von den Auswirkungen des Klimawandels heimgesucht werden, so dass die Menschen einfach keine andere Chance für ihren Lebensunterhalt mehr sehen als ihr Land zu verlassen. Nicht dass sie das wollen, aber das müssen sie. Und dann ist Europa eben nahe, aber auch andere Länder.

Das andere, das man sagen muss, ist das, was - sehr spät - in der politischen „Agenda 2030 über nachhaltige Entwicklung“ anerkannt worden ist, dass „Displacement“ - also interne wie externe Flüchtlingsbewegungen- nicht ein humanitäres Problem, sondern ein langfristiges politisches und Entwicklungsproblem ist. Aber wir gehen damit um, als wäre es ein kurzfristiges humanitäres Problem. Es bleibt bei humanitärer Hilfe, aber Entwicklungshilfe, eine politische Investition findet nicht statt. Vor einigen Jahren hat ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen eine Studie publiziert, für die über fünf Jahre 6 000 Betroffene interviewt wurden. Eines der Schlagworte der „Agenda 2030“ lautet: „Leave no one behind“, niemand soll zurück gelassen werden, aber die Interviewten haben gesagt:



„leave something behind“, lasst irgendetwas zurück. Wir sehen aber häufig: Durch die Kurzfristigkeit der Hilfe findet genau das nicht statt. In dem Moment, wo wir uns zurückziehen, findet nichts mehr statt. Das ist genau der Punkt, den auch die Londoner Konferenz wieder hervorgehoben hat. Es muss andere Politikansätze geben, um sich von diesem stetigen Tropf der internationalen humanitären Hilfe etwas zu lösen, nicht nur um für Geber Geld zu sparen, sondern um den Menschen in den betroffenen Ländern Würde, Hoffnung und eine gewisse Chance auf Zukunft zu ermöglichen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Der Kollege Koenigs.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen.

Frau Füllkrug-Weitzel hat ja sehr deutlich gesagt, dass ein Paradigmenwechsel notwendig sei. Der Bericht des Generalsekretärs sagt das eigentlich auch. Frau Roßbach hat wiederum gesagt, viel mehr Bildung und Ausbildung – auch der Helfer selbst – sei notwendig. Wir machen im Augenblick in Deutschland quantitativ große Anstrengungen, was zu dem Gedanken verführt „Viel hilft viel“ – dem ist aber nicht so, auch wenn die Diskussion über das 0,7 Prozent-Ziel ebenfalls in diese Richtung geht. Jetzt wird ein qualitativer Diskurs notwendig. Haben wir eigentlich in Deutschland die Institutionen, die so einen qualitativen Diskurs führen können? Im politischen Bereich haben wir die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und ähnliche Einrichtungen – Washington hat da allerdings mehr. Im Menschenrechtsbereich haben wir das Institut für Menschenrechte, das diese Funktion in einer unabhängigen Weise ausübt. Wäre es nicht sinnvoll, auch ein Institut für humanitäre Hilfe zu schaffen, das ähnlich unabhängig und mit einem ähnlich engagierten Mandat arbeiten würde, um zu der Qualität beizutragen, die wir jetzt in dieser Phase ganz dringend nötig haben?

Die zweite Frage geht an Herrn Strohmeier: „Istanbul“. Unser Vorsitzender fährt dort hin. Was sollen die Deutschen dort „pushen“? Deutschland

ist eine wichtige Nation – was für eine strategische Orientierung sollen wir der Kanzlerin für ihren nächsten Besuch mitgeben?

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Koenigs, an wen richtet sich das? Sagen Sie bitte nicht: „an alle“.

Abg. **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nein, die erste Frage richtete sich an Frau Füllkrug-Weitzel und Frau Roßbach und die zweite an Herrn Strohmeier.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Wollen Sie beginnen, Frau Füllkrug-Weitzel?

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Das wäre in der Tat eine sinnvolle Initiative. Brot für die Welt hat seinerzeit das Projekt des Instituts für Menschenrechte sehr stark mit entwickelt und vorangetrieben. Es gab ein relativ starkes Hin und Her mit der Politik über ihr Verhältnis zu einem Institut, das Forschung und Analyse betreibt, aber das ist jetzt vorbei. Ob das auch mit Blick auf ein Institut für humanitäre Hilfe gelten würde, müsste man einmal ausprobieren. Das wäre eine spannende Herausforderung.

**Manuela Roßbach** (Aktion Deutschland Hilft e.V.): Auch ich sehe – ich habe früher lange im internationalen Bereich gearbeitet – die Notwendigkeit, einen Diskurs zu führen, wie Sie das sagen. Die Frage ist, welche Plattform man dafür braucht. Vielleicht müsste man – typisch deutsch – mit kleinen Schritten anfangen. Humanitäre Hilfe hat längst schon ihre Kraken über Soforthilfe hinaus ausgestreckt in andere Hilfsbereiche wie Entwicklungszusammenarbeit und Migration. Wir haben die ganzen Begriffe gehört, die mit humanitärer Hilfe gleichwertig genannt werden. Hier zu differenzieren wäre ein interessanter Aspekt und hier könnte sich für Deutschland – vielleicht als Zwischenschritt, um sich klar zu werden – eine Diskursmöglichkeit bieten.



Dr. **Hansjoerg Strohmeier** (OCHA): Zu der Frage nach „Istanbul“.

Ich habe heute Morgen noch einmal nachgefragt und wir hoffen sehr, dass die Bundeskanzlerin zu dem Gipfel kommen kann. Ich glaube, dass man nicht unterschätzen darf, wie groß international die Anerkennung für das ist, was Deutschland im letzten Jahr geleistet hat. Das hat zu einer unglaublich positiven Perzeption geführt, auch für die Bundeskanzlerin persönlich. Für Deutschland als Land – das sage ich als immer noch deutscher Staatsbürger – ist das eine sehr gute Möglichkeit und eine Plattform, die es für lange Zeit nicht wieder geben wird, um eine größere Lenkungs- und Gestaltungsrolle in der internationalen Politik, bei der Krisenbewältigung, in der humanitären Hilfe und auch in anderen Bereichen zu spielen. Wir hoffen, dass die Bundeskanzlerin diese Möglichkeit wahrnimmt.

Das alleine ist noch kein „Outcome“. Wir sagen jedoch nicht, dass der Gipfel nur dann ein Erfolg sein wird, wenn die Länder Zusagen machen, die den „Core Commitments“ der „Agenda für Humanität“ des Generalsekretärs entsprechen. Es ist verständlich, dass man das nicht am nächsten Tag – am Tag nach dem Gipfel – erreichen kann.

Aber man muss einen Prozess in Gang setzen, um – Nummer eins – den Paradigmenwechsel, den wir jetzt hier mehrfach besprochen haben, herbeizuführen, der sich auf drei Elemente konzentrieren muss. Zum einen: Mehr Investitionen auf lokaler Ebene, wo das möglich ist, mit dem Ziel die Aufgabe in lokale Hände zu übergeben.

Zum zweiten: Viel mehr in Antizipation vor und nach Krisen investieren, vor allem bei Naturkatastrophen. Naturkatastrophen sind heute nicht mehr eine Sache von zwei, drei Monaten, sondern erfordern ein langfristiges Engagement, wie zum Beispiel auf den Philippinen, wo OCHA seit 2005, 2006 ein Büro hat. Wir hätten uns niemals träumen lassen, dass wir in einem so genannten „Middle Income“-Land ein langfristiges Büro haben würden. Das ist eine Folge des Klimawandels, was heißt, dass wir dort

für viele Jahre sein werden.

Das Dritte ist das, was ich vorher besprochen habe: Bei dieser sogenannten „Humanitarian Development Divide“ kann man wirkliche Fortschritte nur durch gemeinsame Ziele – basierend auf den jeweiligen Wettbewerbsvorteilen, die die verschiedenen Agenturen und Akteure haben – und über mehrere Jahre also, langfristig erreichen. Das ist ein neues Modell, das eine andere Art zu arbeiten erfordert. Das ist ein Paradigmenwechsel, der, weil verschiedenste Ministerien in den jeweiligen Ländern involviert sind, auch nur auf dieser höchsten Ebene erreicht werden kann. Das wiederum erklärt, warum wir die Konferenz auf Gipfebene haben wollten und nicht nur auf der Ebene hoher Beamter.

Das zweite ist ...

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Jetzt waren Sie gerade beim Dritten, nun gehen Sie wieder auf das Zweite – ich muss ein bisschen auf die Uhr schauen.

Dr. **Hansjoerg Strohmeier** (OCHA): Das gehörte noch zum Ersten.

Das Zweite ist die Reduktion von Flüchtlingen, das heißt eine Zurückführung von Flüchtlingen. Durch geeignete Politikansätze sollte zumindest bei den Binnenflüchtlingen bis 2030 eine Fünfzig-Prozent-Reduktion erreicht werden – das hätte eine transformative Wirkung auf die Hilfsprogramme.

Drittens: Das Präventionspaket habe ich schon erwähnt.

Viertens: Eine globale Kampagne zur Einhaltung des Völkerrechts, die nicht nur Organisationen, sondern auch Länder wie Deutschland umfassen muss. Wir sehen überall eine Erosion, über die nicht nur das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder OCHA berichten kann. Wir müssen Länder wie Deutschland und andere dafür



gewinnen, dass sie trotz schwieriger Fragen eine Führungsrolle spielen. Die Frage nach Streubomben – das würde ich mir wünschen – wäre ein solches Beispiel, wo Deutschland aus seiner Geschichte heraus eine sehr gute Rolle spielen könnte.

Der letzte Punkt betrifft – wie ich angesprochen habe – die Finanzierung. Wir müssen die Finanzierung anders aufstellen. Wir können nicht nur darauf achten, dass wir die humanitäre Hilfe weiter aufstocken, was notwendig ist, weil der Bedarf wachsen wird. Wir müssen auch sehen, wie wir die existierenden multilateralen und bilateralen Investitionsmechanismen – über die Weltbank und multilateralen Banken – so koordinieren, dass sie ein langjähriges Arbeiten sinnvoll ermöglichen. Was wir heute sehen, ist, dass im Anschluss an humanitäre Hilfe nichts mehr stattfindet. Mit anderen Worten: Zelte werden finanziert, aber „Temporary Housing“ oder andere Übergangslösungen werden nicht mehr finanziert und damit fällt alles flach. Vielen Dank.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Als nächstes Frau Kollegin Heinrich.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

An Sie alle erst einmal mein großer Dank. Sie haben uns viel Stoff zum Nachdenken mitgegeben.

Ich bin noch nicht ganz zufrieden mit der Frage der Koordinierung von NGOs, die gute Absichten haben, aber nicht professionell arbeiten, aber ich will das Thema nicht noch einmal aufmachen.

Ich habe eine Frage an Sie, Frau Kreidler: Sie plädieren ja nachdrücklich dafür, dass wir im Blick auf den Anteil, den wir als großer Geber finanziell zur Verfügung stellen, uns auch vor Ort – beziehungsweise in Verwaltungsstrukturen – stärker einbringen müssten. Sie haben sich in Ihrem Eingangsstatement auch dafür

ausgesprochen entsprechend geschulte Leute für humanitäre Hilfe – für Koordination, auch für Monitoring – in den Botschaften unterzubringen. Können Sie das noch einmal kurz ausführen? Wir haben bereits verschiedenste Leute an unseren Botschaften, etwa für Entwicklungszusammenarbeit, aber auch Militärattachés. Sicherlich ist für jeden von uns einsichtig, dass es gut wäre, auch die humanitäre Hilfe entsprechend professionell vertreten zu haben. Aber was versprechen Sie sich davon? In den Ländern, in denen wir jetzt ganz massiv mit Geldern engagiert sind, stellt sich die Frage nach den Botschaften zum Teil gar nicht mehr.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Vielen Dank für die Frage.

Ich habe sieben Jahre für die humanitäre Hilfe der EU als Vertreterin vor Ort gearbeitet. Dieses Modell schwebt mir natürlich vor. De facto gibt es im Moment in großen Krisen vor Ort immer eine Troika. Zu ihr gehören der ECHO-Vertreter oder die ECHO-Vertreterin, die Amerikanerin oder der Amerikaner, ein Vertreter des Vereinigten Königreichs. Diese drei bestimmen im Prinzip den Diskurs. Manchmal sind auch die Schweden oder die Niederländer noch vertreten, aber das sind dann auch schon Kolleginnen und Kollegen, die meistens – so wie die Deutschen auch – in ihren Botschaften neben der humanitären Hilfe noch Kultur oder noch Presse oder andere Felder bearbeiten müssen. Um aber den Geberdiskurs vor Ort qualitativ dem anzunähern, was wir auch von den Hilfsorganisationen verlangen, braucht man natürlich Fachleute, die wissen, wovon sie reden und eine gewisse Glaubwürdigkeit mitbringen.

Mir hat immer geholfen, dass ich zunächst zehn Jahre Projekte umgesetzt und dann sieben Jahre über Finanzierung entschieden habe. Das gibt mir natürlich ein anderes Standing, wenn ich mit den Projektpartnern zum Beispiel Projektvorschläge diskutiere. Das wäre sozusagen die „direkte“ Vertretung beim Einsatz der Gelder, die Deutschland bilateral ausgeben will. Für die „Pooled Funds“ – für die ich hier auch plädiert habe, – muss man natürlich eine Verwaltungsstruktur haben. Das ist ein



Instrument, das der oder die „Humanitarian Coordinator“ auch finanzieren kann.

Aber natürlich muss man auch im Dialog mit den anderen Beteiligten bleiben und auch dabei muss Deutschland – wenn es große Beiträge gibt – personell adäquat vertreten sein. In der EU sind es dann nicht EU-Beamtinnen und EU-Beamte, die da vor Ort sind, sondern Beschäftigte auf Zeit, das heißt, über zwei bis drei Jahre. Aber um Fachpersonal vor Ort zu haben, muss man ihnen mehr Zeit für diese Aufgabe einräumen und auch einen gewissen Karrierepfad in diese Richtung entwickeln.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Füllkrug-Weitzel hat sich zu Wort gemeldet.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Wenn man möchte, dass die Botschaften in der humanitären Hilfe eine stärkere Rolle spielen, dann muss man das professionalisieren. Dem stimme ich absolut zu.

Ich habe es – ich will das Land nicht nennen – an einer Stelle erlebt, dass eine Botschaft – das dafür zuständige Personal – sich mit Inbrunst, aber ohne jede Kenntnis der humanitären Hilfe mit unserem Antrag befasst hat. Die haben sich dann wirklich stundenlang mit uns über „nitty gritty“ unterhalten, wodurch das ganze Antragsverfahren verkompliziert wurde. Schließlich hieß es, man müsse das jetzt nach Berlin zurückmelden. Wie effektiv ist das eigentlich? Erst durchläuft man das Verfahren im Gespräch mit dem AA, wobei Anträge geprüft werden und so weiter, und dann von neuem vor Ort. Wenn man das will, dann sollten es aber Fachleute sein.

Was ich zu bedenken geben möchte, auch wenn ich keine feste Meinung dazu habe: Ich sehe bei unseren Partnern – den humanitären Hilfswerken, den Kirchen in anderen europäischen Ländern, mit denen wir eng verbunden sind, auch im ACT-Verbund –, dass sie alle angefangen haben, sich zu dezentralisieren, weil die Geber sich dezentralisiert haben. Das führt dazu, dass

humanitäre Hilfsorganisationen überall Dependancen gründen und finanzieren womit sie – und dasselbe gilt ja auch für zusätzliche humanitäre Experten in den Botschaften – weitere Verwaltungskosten auslösen. Das muss man einfach bedenken. Wir gehörten immer zu denen, die das nicht gemacht haben, weil wir durch lokale Partner arbeiten. Das Ergebnis war, dass auch deutsche Botschaften sich plötzlich an unsere englischen Kollegen gewandt haben. Die zweite Konsequenz müsste also sein, dass man auch die lokalen Partner deutscher Hilfsorganisationen ernst nimmt. Ich war mit einem Regierungsmitglied auf einer Reise in einem Land, als alle eingeladen wurden, die dort humanitäre Hilfe leisten. Wir waren die einzigen, die nicht eingeladen wurden, weil wir immer wieder darauf verwiesen haben, man möge bitte unsere lokalen Partner einladen. Darauf hieß es, das sei nicht „Deutschland hilft“, man wolle aber deutsche Hilfe vorstellen. Am Schluss stellte sich heraus, dass wir mit Abstand am meisten von allen gegeben hatten, was aber nicht sichtbar war, weil es über lokale Partner lief, die nicht wahrgenommen wurden. Also dazu möge es bitte nicht führen.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herr Strohmeyer.

Dr. **Hansjoerg Strohmeyer** (OCHA): Kurz zu der Koordinationsfrage. Ob es jetzt 10 000 Nichtregierungsorganisationen in Haiti waren oder 1 500 oder 3 000 oder 5 000 – man hört immer andere Zahlen: Auch 1 500 sind nicht koordinierbar, da müssen wir uns ganz klar sein. Das Problem ist, dass man diejenigen koordinieren muss, die ungefähr 80 bis 90 Prozent der Finanzmittel aufbringen. Das ist eine Aufgabe, die das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten aktiv annimmt und wo auch viel Fortschritt erzielt worden ist.

Außerdem muss man festhalten, dass viele dieser Organisationen gar nicht zu kontrollieren sind. Man kann ihnen nicht sagen, was sie tun oder lassen sollen. Das ist die Freiheit, die solche zivilgesellschaftliche Organisationen haben müssen, von denen viele zudem aus dem eigenen



Land und aus den Nachbarländern kommen. Das kann man nicht abschalten, man muss es aber kanalisieren und das macht humanitäre Hilfe kompliziert. Das ist eine Realität, die man annehmen muss. Das bedeutet auch – da wir über Effizienz und Qualität sprechen –, dass Koordinierung auch in sich selbst eine Effizienzmaßnahme darstellen muss.

Letzter Punkt zur Frage der Koordination: Immer wieder stellen wir fest, dass sich 1 500 oder 300 oder 2 000 Organisationen in der gleichen Stadt aufhalten, während fünfzig oder hundert Kilometer außerhalb, wo man Hilfe gut gebrauchen könnte, niemand zu finden ist. Dann gibt es noch das Beispiel der Zentralafrikanischen Republik. Auf den Philippinen haben die Hilfsorganisationen mehr Geld, als sie ausgeben können: Uns hat eine Organisation – deren Namen ich nicht nenne – gesagt, sie hätten für die Philippinen 100 Millionen Dollar zur Verfügung, die sie nicht ausgeben könnten. Zur gleichen Zeit haben wir eine Million eingenommen für die Zentralafrikanische Republik – zu einer Zeit, als die halbe Welt darüber gesprochen hat, dass dort ein Völkermord geschieht. Das zeigt deutlich, dass das Problem nicht nur die Koordinierung, nicht nur die Masse ist, sondern auch die Frage wo sich diese Masse konzentriert .

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Roßbach.

**Manuela Roßbach** (Aktion Deutschland Hilft e.V.): Zur Koordinierung: Wir haben festgestellt, dass weniger Organisationen rein kommen, wenn die Regierungen der Länder selber Grenzen setzen. Im Fall Ecuador beispielsweise hat die Regierung – nach dem Erdbeben – von vornherein gesagt, sie werde das regeln.

Zu Haiti noch eine kleine Randbemerkung: Das war wirklich ein sehr, sehr angeschlagener Staat, wie wir wissen. Von Kollegen aus dem medizinischen Dienst habe ich gehört – es waren ja nicht nur Deutsche, Franzosen, es waren Russen, es waren Amerikaner, es waren Venezolaner, es war die ganze Welt da -, dass keiner das gleiche Protokoll hatte. Wenn eine Person nach deutschem Protokoll chirurgisch

behandelt wurde, verlief das anders als nach dem russischen. Ich sehe Ihren Punkt – mehr Koordinierung ist sicher notwendig. Aber international ist es sehr schwierig das zu erreichen.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Ich möchte das doch noch ergänzen.

Die Frage ist: Ist das nationale Geberprinzip das richtige und das einzige und das wegweisende Prinzip zur Koordination? Wir haben uns immer wieder dagegen ausgesprochen, dass es allein darauf ankäme, dass die deutsche Hilfe koordiniert wird. Wir als kirchliche Hilfswerke koordinieren uns mit über 150 Hilfswerken aus der ganzen Welt und mit den jeweiligen lokalen Partnern vor Ort. Ich halte das für ein mindestens genauso sinnvolles Koordinierungsprinzip wie eine nur deutsche Koordinierung. Nichtsdestotrotz sind wir auch mit dem AA – und das ist auch wichtig – in regelmäßigen Beratungen. Das ist nicht der Punkt. Nur wenn es dann heißt, einer müsse doch koordinieren und wenn das dann die eigene Regierung wäre, macht das für Organisationen wie das Rote Kreuz, Caritas, UNICEF und so weiter – möglicherweise auch für „Ärzte ohne Grenzen“ und andere, die international aufgestellt sind und im internationalen Verbund arbeiten -, wenig Sinn. Und als internationale Verbünde sind wir ja auch mit den VN-Organisationen kontinuierlich im Gespräch, auch im jeweils konkreten Fall vor Ort in den Clustern vertreten, und arbeiten an der Entwicklung von Qualitätsstandards et cetera mit.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich schaue auf die Uhr. Wir haben jetzt noch fünfzehn Minuten Zeit. Ich habe noch vier Redner – Steinbach, Brand, Klöckner, Groth – und schaue einmal in die Runde, ob es noch jemanden drängt. Das ist nicht der Fall. Dann machen wir weiter mit Frau Kollegin Steinbach.

Abg. **Erika Steinbach** (CDU/CSU): Ich bedanke mich für Ihre Beiträge, auch für das, was Sie uns zuvor schon schriftlich übergeben haben.



Es macht natürlich wenig Sinn, wenn sich so viele Hilfsorganisationen unkoordiniert – wie in Haiti – gegenseitig auf die Füße treten. Dann überlegt man hinterher schon, wie man das besser machen kann.

Aber ich möchte einen anderen Punkt ansprechen, der auch von verschiedenen Seiten hier schon in die Debatte geworfen wurde – einen Perspektivwechsel. Wir wissen ja aus Untersuchungen, dass im afrikanischen Raum der niedrigsten Schätzung nach 250 Millionen, der höchsten Schätzung nach 600 Millionen Menschen geistig auf gepackten Koffern sitzen und sich gerne auf den Weg in Richtung Europa machen würden. Wenn man das weiß, stellt sich – Stichwort „Perspektivwechsel“ – ja schon die Frage: Afrika ist ja ein im Grunde genommen reiches Land, wenn man die Bodenschätze, die Ressourcen dieses Kontinents betrachtet – wäre es nicht nötig, mit der Afrikanischen Union viel öfter und viel intensiver ins Gespräch zu kommen, um sie für ihre eigene Verantwortung für ihren Kontinent zu sensibilisieren und dabei Hilfestellung anzubieten? Deutschland tut unendlich viel und es ist gut, dass wir das tun, aber wenn ich mir den Globus anschau, sehe ich, wie klein unser Land ist. Dass wir nicht alles stemmen können, liegt auf der Hand.

Afrikanische Union oder auch Arabische Liga: Wie kann man die Arabische Liga sensibilisieren, selber auch mehr Hilfe zu leisten? Es ist fast unverständlich, dass Saudi-Arabien in diesen akuten Krisen sich tot stellt und niemanden aufnimmt. Die anderen – der Libanon zum Beispiel – nehmen sehr viele Menschen auf. Diese Grundsatzfrage bleibt, dass ein großer – im Grunde genommen nicht armer – Kontinent sich um seine eigenen Dinge zu wenig kümmert. Darüber sollte die Europäische Union mit der Afrikanischen Union enger und intensiver und beständiger ins Gespräch kommen. Dazu interessiert mich Ihre Meinung.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): An wen ist die Frage gerichtet?

Dr. **Hansjoerg Strohmeier** (OCHA): Herr

Vorsitzender, wir haben fünfzehn Minuten, jetzt wahrscheinlich dreizehn Minuten. Die Frage von Frau Steinbach ist sehr komplex und ich muss mich jetzt schon von vornherein entschuldigen: auch ich habe nicht das gesamte Sachwissen. Vielleicht nur zwei, drei Punkte zum Nachdenken.

Generell muss man natürlich sagen, dass Eigenverantwortung wichtig ist und ich glaube, es gibt hier auch einen Trend. Die Afrikanische Union diskutiert diese Fragen. Es gibt natürlich unterschiedliche Probleme in verschiedenen Ländern. Aber wenn man auf Bodenschätze und ähnliches verweist, dann muss man sich auch die Wirtschaftsbedingungen vor Ort angucken und fragen, wie weit die Doha-Runde in den letzten Jahren gekommen ist. Wir haben es über ich weiß nicht wie viele Jahre immer gesagt: Es müssen ganz andere Handelsbeziehungen geschaffen werden. Es ist zur Zeit immer noch einfacher von Europa nach Afrika zu exportieren als in die andere Richtung. Wenn man sich anguckt, wer die Bodenschätze in vielen dieser Länder kontrolliert, stellt man fest, dass wenig Geld in den Ländern bleibt, die diese Bodenschätze besitzen. Das sind komplizierte Zusammenhänge, die auch – wenn man ganz ehrlich ist – in unsere Richtung, nach Deutschland und Europa, verweisen. Deswegen wage ich nur zu sagen, dass man vorsichtig sein muss, und nicht zu schnell nach mehr Eigenverantwortung rufen kann. Ich glaube, dass da schon mehr passiert als man sieht, wenn auch vielleicht noch mehr passieren könnte oder müsste. Aber die Stimulation, die Anreize zum Bleiben können ja für Leute, die aus ökonomischen Gründen gehen wollen, auch nur aus ökonomischen Gründen bestehen. Das heißt, dass etwa Europa über die Doha-Runde und auf andere Weise einfach bessere ökonomische Anreize bieten muss. Das ist ja auch das, was die meisten Leute wollen. Sie wollen in ihren Ländern bleiben und nicht unbedingt nach Europa kommen, um dann „Remittances“ an ihre Familien zurückzuschicken. Das ist eben ein komplexer Zusammenhang, den man jetzt nicht im Einzelnen vertiefen kann.

Die Arabische Liga: Ich will jetzt nicht auf einzelne Länder eingehen, aber man muss schon





sagen, dass auf der London-Konferenz – die auch Syrien-Vier-Konferenz genannt wird, weil die ersten drei in Kuwait stattgefunden haben – aus dem arabischen Raum zusätzlich zu den eineinhalb bis zwei Milliarden, die schon vorher geflossen sind, weitere erhebliche Summen zugesagt wurden. Ob jetzt ein Land wie Saudi-Arabien mehr machen könnte? Möglicherweise. Aber was ein Land wie Jordanien über Jahrzehnte geleistet hat – Flüchtlinge aus Palästina, aus dem Irak, jetzt wieder aus Syrien zu integrieren – das ist eine unglaublich große Leistung. Oder ein Land wie Libanon, das bei einer Bevölkerung von nur vier Millionen mehr als ein Drittel als Flüchtlinge aufgenommen hat – das sind unglaublich große Leistungen. Wenn man das in Bezug zum Bruttosozialprodukt setzt, dann sind das Pro-Kopf-Leistungen, die diese Länder erbringen, die Leute sich hier nicht vorstellen können. Saudi-Arabien, glaube ich, leistet auch seinen Beitrag, aber ich will jetzt nicht auf den Einzelfall eingehen. Ihr genereller Punkt ist: Eigenverantwortung ist wichtig – mein Punkt ist: im Einzelfall sieht es etwas komplexer aus.

Noch eine kurze Fußnote: Ich möchte wirklich anerkennen – und das auch gerade hier gegenüber den Bundestagsabgeordneten –, dass Deutschland eines der Länder ist, die ihre Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bisher nicht mit der Flüchtlingshilfe verrechnet haben. Andere Länder haben das anders gemacht. Ich halte das für ein ganz wichtiges Signal auch an diese Länder: Deutschland steht zu seinen Verpflichtungen und fängt nicht an, mit seinen ODA-Verpflichtungen zu spielen, indem es sie mit den eigenen Hilfeleistungen verrechnet. Das finde ich erwähnenswert und lobenswert. Danke.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich versuche es schnell.

Ich habe drei Fragen. Die erste geht an Frau Roßbach: Sie haben zu Beginn Ihres Statements gesagt, dass es besser wäre – das ist einleuchtend und jeder, der bei Vernunft ist, wird zum gleichen Schluss kommen –, entlang einer Flüchtlingsroute für gleiche Standards zu sorgen. Das ist eine Zielbeschreibung, die eigentlich jedem

einleuchten sollte. Politisch denkt jedoch zwischen Ungarn, Mazedonien und Griechenland nicht jeder so. Meine Frage ist: Sehen Sie eine Chance, dass alle zu der gemeinsamen Schlussfolgerung kommen, dass eine Koordinierung innerhalb der NGOs sinnvoll wäre?

Die zweite Frage geht an Frau Kreidler. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement – wie ich finde, zu Recht – gesagt, dass Deutschland finanziell eine große Verantwortung übernommen und hier Gutes auf den Weg gebracht hat. Ich will die Zahlen auch einmal nennen: im Haushalt 2016 wurden Zusatzmittel in Höhe von 228,5 Millionen Euro eingestellt, insgesamt wurden die Mittel in diesem Bereich auf 733,5 Millionen Euro erhöht, und für Krisenprävention sind noch einmal rund 220 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein großer Beitrag. Gleichzeitig haben Sie zu Recht eingefordert, dass sich dies natürlich auch personell in der Verantwortung vor Ort widerspiegeln muss. Können Sie mir da ein, zwei Beispiele nennen, was Sie damit konkret meinen?

Die dritte Frage geht ebenfalls an Sie. Mich interessiert Ihre Einschätzung von Qualitätsstandards in humanitärer Hilfe – auch die von Frau Roßbach, wenn die Zeit reicht. Es gibt manche Denkschulen, die sich dafür aussprechen, alles Geld den VN oder anderen großen Organisationen zu überlassen. Diese Diskussion erleben wir jetzt auch wieder vor dem humanitären Weltgipfel. Es gibt aber unter den NGOs viele kleinere Organisationen, die in diesem Fach durch den Rost fallen würden. Ich rede jetzt nicht von denjenigen, die unkoordiniert tätig werden, wo sie nicht gebraucht werden, sondern ich rede von kleinen Organisationen, die in ihrer Nische eine Daseinsberechtigung haben.

**Manuela Roßbach** (Aktion Deutschland Hilft e.V.): Ich beginne mit der Frage der Flüchtlingsroute. Tatsächlich wäre die Koordinierung wahrscheinlich einfacher gewesen, wenn die Länder, durch die die Flüchtlinge gezogen sind, sich verantwortlich gefühlt hätten. Das ist nun nicht passiert. Ich bin jetzt gespannt, was in Griechenland passieren wird. Athen wird



ja unterstützt durch einige Organisationen – eine davon ist auch in unserem Bündnis –, die von der EU Mittel erhalten, um gezielt zu helfen. Man muss schauen, wie das geht.

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt. Unsere Organisationen haben uns mitgeteilt, dass auch die Flüchtlinge selber gar nicht so gerne an einem Ort blieben. Sie haben sehr schnell die Transitroute durchlaufen und wollten eben nicht ausruhen, nicht lange an einem Ort verweilen – das macht es schwierig. Wenn die Routen sich ändern, dann halten sie sich auf einmal woanders auf. Mit etwas Chaos muss man also immer rechnen. Wie sähe jetzt dieselbe Situation mit heutiger Erfahrung aus? Könnte man darauf in Zukunft anders reagieren? Das glaube ich schon. Wir müssen jetzt nach vorne gerichtet schauen, woher demnächst Flüchtlinge kommen können und wie wir an diesen Stellen mit ihnen umgehen. Das ist jetzt die Fragestellung. Was hat funktioniert und was hat nicht funktioniert? Sie werden kommen, sie werden ganz andere Wege nehmen und wie reagieren wir dann? Das ist ganz wichtig.

Die Spannung zwischen kleinen und großen Hilfsbündnissen – VN und anderen – werden wir noch eine Weile haben. Das AA hat eine ausgezeichnete Möglichkeit, auch mit Anfragen kleiner Organisationen umzugehen, da ja Qualitätsprofile erstellt wurden. Spezialisierte Organisationen sind damit erfasst und können in ihrer Spezialisierung dann auch entsprechend gefordert und gefördert werden. Das habe ich so verstanden. Generell halte ich es für gut, wenn finanzielle Mittel nicht nur in eine Richtung gehen, weil unterschiedliche Akteure zu unterschiedlichen Zielgruppen besser oder schlechter Zugang haben. Wenn man mehreres solcher Akteure koordiniert, können sie auch besser wirken.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Da ich keine Organisation vertrete, erlaube ich mir hier eine persönliche Meinung.

Sie sagen, es seien Nischenorganisationen. Wenn das so wäre, würde ich Ihnen zustimmen – dann

sollte man die kleinen Organisationen auch in ihrer Breite fördern. Die Untersuchungen der Qualitätsprofile haben aber ja gerade gezeigt, dass die wenigsten kleinen Organisationen Nischen besetzen. Die meisten versuchen, auf so viel verschiedenen Sektoren wie möglich irgendwie präsent zu sein. Falls es in einem Land mehr Geld für Wasserprojekte gibt, machen sie das und in einem anderen Land dann eher Ernährungssicherung. Wir haben festgestellt, dass es in Deutschland eine große Anzahl kleiner, ähnlich ausgerichteter Organisationen gibt, die versuchen, möglichst breit durchzukommen. Ich denke auch, dass wir eine gewisse Pluralität brauchen. Aber ehrlich gesagt besteht für mich zwischen der 22. und der 28. kleinen NGO keine Pluralität und Diversität mehr und folglich auch kein Mehrwert mehr. Ich würde nicht dafür plädieren, nur fünf Organisationen in Deutschland zu finanzieren. Aber bei 20 oder 28 ist der Mehrwert nicht mehr zu erkennen. Humanitäre Hilfe ist kein Instrument zur Förderung der deutschen Zivilgesellschaft. Dafür müssen wir andere Instrumente finden. Die humanitäre Hilfe ist dazu da, vor Ort Betroffenen gute, nützliche Hilfe zu leisten.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Zur Aufklärung: Mit „Nische“ meinte ich Spezialisierung. Was Sie geschildert haben, ist Projekt-Hopping.

**Corinna Kreidler** (Gutachterin Humanitäre Hilfe): Ja, genau das ist das Problem. „Aktion Medeor“ zum Beispiel ist eine Nischenorganisation. Es ist die einzig pharmazeutisch tätige deutsche Hilfsorganisation. Wenn wir davon noch ein paar mehr hätten, wäre das wunderbar. Aber wir haben zum Beispiel keine einzige deutsche NGO, die auf die Behandlung von unterernährten Kindern spezialisiert ist. So etwas gibt es nicht im deutschen NGO-Spektrum.

Zu der Frage der Vertretung vor Ort. Ich stelle mir da Beauftragte für humanitäre Hilfe in den Botschaften vor, die sich eben nur mit humanitärer Hilfe befassen, fachlich qualifiziert und mit entsprechender Vorerfahrung. Die in den Gremien sitzen, etwa im „Humanitarian Country Team“, in der „Good Humanitarian Donorship



Group“ vor Ort. Die die Berichterstattung übernehmen, die die Kapazitäten haben, den tatsächlichen Bedarf zu erheben und abzuwägen, und dann auch sagen können, was „First Line“ und was leider nur „Nice to have“ ist. Die Projekte, laufende Projekte von Partnern oder von genuin deutschen Organisationen besuchen und die hoffentlich auch Entscheidungen, Finanzierungsentscheidungen beeinflussen können.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Kollegin Glöckner.

Abg. **Angelika Glöckner** (SPD): Die Frage, die ich an Sie richten möchte, wurde bereits mehrfach angesprochen, deswegen kürze ich das Ganze ab.

Frau Füllkrug-Weitzel, Sie haben auf Seite drei Ihrer Ausführungen davon gesprochen, dass viel Schaden entstände durch Hilfsorganisationen ohne Expertise. Das wurde bereits mehrfach angesprochen. Ich möchte meine Frage jetzt konkretisieren, auch mit Blick auf den Gipfel in Istanbul: Was glauben Sie, welche politischen Signale an diesen Gipfel gerichtet werden könnten, um hier koordinierend oder lenkend einzuwirken? Welche politischen Möglichkeiten sehen Sie generell, um diesem Phänomen zu begegnen? Danke.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe): Ja, ich sehe tatsächlich – und würde insoweit dem Vorsitzenden zustimmen – Organisationen in Nischen, die es geben muss. Ich sehe es aber auch wie Frau Kreidler, dass man die 20. oder 22. – die Zahl ist beliebig – Organisation nicht mehr braucht.

Hier liegt ein Unterschied zur Entwicklungszusammenarbeit, wo es wirklich sinnvoll sein kann, auch viele kleine Initiativen zu fördern, nicht um Entwicklung zu fördern, aber zur Förderung eines entwicklungspolitischen Bewusstseins und einer Partnerschaft zwischen Nord und Süd. Bei der humanitären Hilfe verhält es sich jedoch nicht so, dass die Vielzahl

automatisch einen Mehrwert bedeutet, weil kleine Organisationen angeblich unmittelbar, direkt und ohne großen Verwaltungsaufwand helfen können. Ich bezweifle einfach, dass das die Qualität hebt.

Was man dagegen tun kann? Sie haben von uns allen – beziehungsweise von den Hilfswerken – wenig Antworten bekommen, weil keiner etwas vorschlagen möchte, was den anderen ausschließt. Aber ECHO hat zum Beispiel vor ein paar Jahren ein Screening der – damals waren es wohl 9 000 – Organisationen, die zum gegebenen Zeitpunkt – es ist schon eine Weile her – von ECHO irgendwann einmal Geld bekommen haben, durchgeführt. Die haben sehr intensive Systemprüfungen vorgenommen, die die Administration und die Wirksamkeit des Controllings betrafen. So haben sie einen kleineren Kreis von Organisationen identifiziert – ich weiß nicht mehr wie viele es waren, etwa 900 von den 9 000 – die weiterhin Anträge stellen konnten, die anderen brauchten es nicht mehr zu versuchen. Die 900 haben sie noch einmal „geclustert“ und als „most excellent“, „excellent“ und „satisfactory“ eingestuft und entsprechend die Gelder vergeben.

Dieses Qualitätsscreening sollte sich nicht nur auf Systeme, technische Daten und Standards beziehen, sondern – das habe ich vorhin schon bei den Evaluationen gesagt – es sollte auch eine Rolle spielen, ob die „Core Humanitarian Standards“ eingehalten werden. Ich halte das für relevant, weil man andernfalls unheimlich viel kaputt machen kann.

Ich nehme nur ein Beispiel im Tsunami-Zusammenhang: Wenn man in Indien Hilfe leisten will und nicht weiß, was das Kastensystem bedeutet – zum Beispiel für die Nichtpräsenz der Dalits in Dörfern –, in ein Dorf kommt und die Verteilung von Hilfsgütern an einer bestimmten Stätte ankündigt, ohne zu wissen, dass die Dalits davon ausgeschlossen sind, kann man richtig viel kaputt machen, indem man die, die am ärmsten sind, noch einmal diskriminiert. Das meine ich: Man braucht auch Kontextwissen – das ist auch nur ein Element –, man muss wirklich ein hohes Maß an Sensibilität besitzen, um keinen Schaden anzurichten.



Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Frau Groth.

Abg. **Annette Groth** (DIE LINKE.): Ganz kurz an Herrn Gerdesmeier und Herrn Strohmeier.

Antizipation ist das Stichwort. Ich vermute, dass Sie den Hilferuf der libanesischen Regierung vor ungefähr zwei Jahren gehört haben. Als ich jetzt dort war, sagte mir die Sozialministerin, sie habe die letzten zwei Jahre bei sämtlichen EU-Botschaften die Klinken geputzt, auf den Druck auf die Infrastruktur hingewiesen und um finanzielle Unterstützung gebeten. Ihr Ruf sei ungehört geblieben, obwohl man genau wusste, dass das Welternährungsprogramm nicht über genügend Geld verfügte - das war ja einer der Gründe, warum die Leute aus Libanon und auch aus Jordanien weggegangen sind: „Bevor ich verhungere, gehe ich lieber in die Türkei und dann versuche ich, nach Europa zu gelangen.“ Jetzt hingegen könnte sie, sagte die Ministerin, sich nicht retten vor hochrangigen Delegationen. Da frage ich mich, ob man nicht - um antizipatorisch zu wirken - viel früher lauter schreien und warnen muss, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.

**Volker Gerdesmeier** (Deutscher Caritasverband e.V.): Meines Erachtens hat es jedes Jahr Aufschreie gegeben, aber sie sind nicht gehört worden, weder von uns noch von der Regierung - das ist das Problem. Jetzt, nachdem innerhalb des letzten Jahres der große Flüchtlingsstrom nach Europa eingesetzt hat, hat man sich schließlich Instrumente überlegt, wie zum Beispiel Handelsanreize oder andere geldwerten Anreize, die nicht Entwicklungshilfe sind, sondern dem Land auf normalem wirtschaftlichen Wege zu Gute kommen.

Die Zustandsbeschreibung, die Sie abgegeben haben, ist zum großen Teil korrekt und wir würden sie alle, glaube ich, unterschreiben. Es ist eben so, dass Hilfsappelle einfach nur gehört werden, wenn es zu einer Eskalation kommt, wenn die Krise entweder bei einem selbst vor der Haustür steht oder sich anders verschlimmert.

In Syrien ist jetzt beides gleichzeitig passiert. Eine Eskalation fand einerseits durch den Flüchtlingsstrom und andererseits - in Syrien selbst - durch den IS statt. Beides zusammen hat eine ganz andere Aufmerksamkeit für politische Lösungen, für sozio-ökonomische Anreize für Geldgeber wie auch für „Host Communities“ und „Host Countries“ geschaffen, was lange Zeit nicht der Fall war. Aber es gibt viele andere Krisen. Was wird aus Tansania, wenn morgen die Lage in Burundi schlechter wird? Was ist mit Kenia, wo es Millionen von Flüchtlingen gibt? Was ist mit vielen anderen Ländern? Wir warnen jetzt einmal hier, aber eine Reaktion wird es erst geben, wenn es auch in diesen Fällen eine weitere Eskalation gegeben hat.

Vors. **Michael Brand** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich darf mich im Namen des Ausschusses bei Ihnen allen bedanken, besonders bei den Sachverständigen für Ihr Kommen, für die Expertise, aber darüber hinaus auch für Ihren oft schon langjährigen Einsatz. Ich danke auch den vielen Gästen, unter ihnen Herr Laubacher, Frau Hützemann, Thilo Hoppe, unseren ehemaligen Kollegen und viele andere, die ich jetzt nicht genannt habe. Ich freue mich, dass Sie alle der Anhörung beigewohnt haben und sage auch Ihnen ein herzliches Dankeschön für Ihr Engagement.

Da so oft der Vorsitzende und der Humanitäre Weltgipfel angesprochen worden sind, will ich abschließend erläutern, dass der gesamte Ausschuss das Interesse hat, nach Istanbul zu reisen, die Zahl der Plätze aber begrenzt ist. Ich habe schon sehr frühzeitig das Signal gesendet, dass wir als Parlamentsdelegation nach Istanbul reisen möchten und hoffe, dass es vielleicht einem oder zweien von uns gelingt. Ich habe mir den Terminkalender freigehalten und hoffe, den einen oder anderen von Ihnen dort wieder zu sehen. Aber der Rauch ist noch nicht weiß, auch noch nicht schwarz, sondern noch grau. Das Thema wird uns aber auch jenseits vom Gipfel weiter intensiv begleiten. Viel wichtiger ist die Arbeit vor Ort, durch internationale Organisationen, auch die NGOs und vor allen Dingen durch die Einbindung - und nicht Instrumentalisierung - lokaler Akteure - das ist aus meiner Sicht einer der zentralen Punkte für



das Gelingen einer nachhaltigen humanitären  
Hilfsarbeit vor Ort, die über den Tag hinausgeht.

Vielen Dank für Ihr Kommen - ich wünsche allen  
einen schönen Abend und schließe die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 18:11 Uhr

Michael Brand, MdB  
**Vorsitzender**